

Preis des Einzelheftes 50 Pf.



LÄNDER UND VÖLKER

2.

Heft • Februar • 1937

67. Jahrgang Neue Folge

Wie es zum spanischen Bürgerkriege kam

Tönnies (Köln): Das Deutschtum in der Tschechoslowakei

Kienzl: San Martín III

Nielsen-Reyes: Der Großmarschall Otto Philipp Braun

Querschnitte — Zeitschriftenlese

Bericht über auslandkundliches Schrifttum: Der europäische Kulturkreis

VERLAG: GESELLSCHAFT FÜR LÄNDERKUNDE, BERLIN

LÄNDER UND VÖLKER

Herausgegeben von der **GESELLSCHAFT FÜR LÄNDERKUNDE**

Berlin NW 40, Lüneburger Straße 21 / Fernruf: C 5 Hansa 5311

Postscheckkonto: Berlin 74750 / Erfüllungsort: Berlin-Mitte

Schriftleitung: Berlin C 2, Breite Straße 37 (Ibero - Amerikanisches Institut)

Fernruf: J 6 Bleibtreu 1548

Manuskript- und Buchzusendungen an die Schriftleitung erbeten

67. JAHRGANG/N.F. / HEFT 2 / FEBRUAR 1937

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Panhorst: Exz. Admiral Behncke †	49
Demiani: Wie es zum Bürgerkrieg kam	50
Tönnies (Köln): Das Deutschtum in der Tschechoslowakei	55
Kienzl: San Martín, „El Capitán de los Andes“ III	61

DIE BRÜCKE ZUM AUSLAND

Nielsen-Reyes: Der Großadmiral Otto Philipp Braun	67
Das Wesen des Spaniertums	70
Ausländer auf deutschen Hochschulen	71

QUERSCHNITTE 72

ZEITSCHRIFTENLESE 78

BÜCHERTAFEL 80

Monatsschrift der Gesellschaft für Länderkunde / Einzelheft 0,50 M.
Zu beziehen durch den Verlag und bei jeder Buchhandlung

A N S C H R I F T E N D E R M I T A R B E I T E R

Dr. Karl H. Panhorst, Generalsekretär des Iberoamerikanischen Institutes Berlin, Berlin C 2, Breite Str. 37. — Norbert Tönnies, Hauptschriftleiter am „Westdeutschen Beobachter“, Köln-Deutz, Deutz-Kalkerstraße. — Alfred Demiani, z. Z. Deutschland, Anschrift durch die Schriftleitung. — Florian Kienzl, Journalist, Berlin-Wilmersdorf, Spessartstraße 13. — Nielsen-Reyes, Erster-Legationssekretär der Bolivianischen Gesandtschaft, Berlin W 15 Meinekestraße 19.

VERLAG: GESELLSCHAFT FÜR LÄNDERKUNDE, BERLIN

Exz. Admiral Behncke †

In den Abendstunden des 4. Januar 1937 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit der frühere Chef der Marineleitung, Admiral P a u l B e h n c k e.

Ein in warmen Worten gehaltenes Telegramm des Führers an Frau Behncke, ein besonderer Nachruf des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine und viele Beileidsbezeugungen von anderer Seite folgten der Nachricht. Mit tiefer Trauer standen viele Menschen in Berlin und Lübeck bei den Trauerfeierlichkeiten an der Bahre des Toten, um den Angehörigen ihre Anteilnahme zum Ausdruck zu bringen. Er wurde von all den vielen, denen er in seiner langen Laufbahn als Marineoffizier und später als Chef der Marineleitung oder in den letzten Jahren als einer der hervorragendsten Vertreter deutsch-ausländischer Kulturbeziehungen persönlich näher bekannt geworden war, aufrichtig verehrt.

Hier riß sein Tode eine schmerzliche Lücke. Er zählte zu jenen Persönlichkeiten, die auch nach einer kurzen Bekanntschaft nicht leicht vergessen werden. Einem großen Kreis von Ausländern galt er als das Vorbild des hervorragenden deutschen Menschen, dessen äußere Haltung einer vornehmen und edlen Gesinnung entsprach.

Wenn auch an dieser Stelle dem Toten ein Nachruf gewidmet wird, so wird dieser getragen von dem Gefühl besonderer Dankbarkeit. Schon vor Jahren wurden in einem kleinen Freundeskreis, den Admiral Behncke häufig um sich versammelte, Pläne erörtert, die auf eine Ausweitung unserer kulturellen Beziehungen und damit auch auf eine Stärkung unseres Ansehens in der Welt hinzielten. Die Erörterung ausländischer Fragen spielte hierbei eine besondere Rolle. Es waren Pläne, die letzten Endes auch bei der Gestaltung des neuen Aufgabenkreises der „Gesellschaft für Länderkunde“, der Zeitschrift „Länder und Völker“ und den Veranstaltungen im „Haus der Länder“ eine Verwirklichung gefunden haben.

Es wird Admiral Behncke von seinen jüngeren Freunden unvergessen bleiben, daß er sich immer der Zukunft und damit der jungen Generation verbunden fühlte. In einer seltenen Lebensfrische folgte er gern Plänen und Ideen, die über die damaligen keineswegs angenehmen Verhältnisse hinweg zu einer Erstarkung der gesunden Kräfte unseres Volkes führen sollten. Im entscheidenden Augenblicke ging er mit der Jugend. Wenn in der letzten Zeit über den Ausbau unserer deutsch-ausländischen Beziehungen ge-



sprochen wurde, trat bei ihm die starke Genugtuung hervor, an dem festen Fundament, auf dem sich heute unsere Wiedererstarkung vollzieht, als Wegbereiter mitgeholfen zu haben.

Admiral Behncke konnte nach seinem Rücktritt als Chef der Marineleitung von neuem weite Teile der Welt bereisen. Es war ihm ein Bedürfnis, mit all den vielen Menschen, die er draußen kennen lernte, später im engsten Gedankenaustausch zu bleiben. Als Präsident der „Gesellschaft für Erdkunde“, als Mitglied des Präsidiums der „Deutsch-Ibero-Amerikanischen Gesellschaft“, der „Bolivar-Humboldt Fundación“, als Präsident der „Deutsch-Japanischen Gesellschaft“ und des Japan-Instituts wuchs der Bekannten- und Freundeskreis um Behncke immer mehr. Er genoß in allen Kreisen des In- und Auslandes das größte Ansehen. Die persönlichen Erinnerungen, die viele Menschen mit Admiral Behncke verbinden, werden dazu beitragen, daß das Wollen und Wirken seiner vornehmen Persönlichkeit lebendig bleiben wird.

Wir werden ihm ein treues und dankbares Andenken bewahren.

Für die Gesellschaft für Länderkunde

Dr. Panhorst

Generalsekretär des Ibero-Amerikanischen Instituts.

Alfred Demiani:

Wie es zum Bürgerkrieg kam

Bei der im Vergleich zu anderen europäischen Ländern immerhin erheblich geringeren Aufmerksamkeit, mit der auch noch in den letzten Jahren nach dem Sturz der Monarchie (April 1931) im großen und ganzen die Vorgänge in Spanien beobachtet und verfolgt worden sind, kann es kaum überraschen, wenn viele der für sie völlig unerwarteten elementaren Entfesselung menschlicher Leidenschaften durch den Bürgerkrieg mit verständnislosem Entsetzen gegenüberstehen. Wenn man nach Erklärungen für die geschichtliche Entwicklung sucht, die schließlich zu einem das ganze Volk in Mitleidenschaft ziehenden blutigen Entscheidungskampf geführt hat, mit folgerichtiger Notwendigkeit zu ihm führen mußte, so muß man eigentlich auf die Zeiten der französischen Invasion in den Jahren 1808—1813 zurückgreifen; denn damals ist jene verhängnisvolle Zweiteilung, durch die seitdem Spanien gespalten wird, eingetreten.

Von den nach der iberischen Halbinsel eindringenden Armeen des ersten Kaiserreichs war auch das Ge-

dankengut der französischen Revolution mitgebracht worden.

Seit aber sich Spanier gefunden haben, die sich für diese von ihnen meist unverdauten Ideen gewinnen ließen und unbedenklich, als sogenannte „afrancesados“, auf die Seite des fremden Eindringlings stellten, gibt es südlich der Pyrenäen auch eine Strömung, die, in der Folgezeit gefördert durch internationale Einflüsse der Freimaurer und Juden, durchgreifende Reformen nach ausländischem Muster anstrebt, doch hierbei nur zu oft die durch Eigentümlichkeiten der Rasse und des Volkscharakters gezogenen Grenzen verkennt. Mit ihr unversöhnbar steht ihr ein anderes Spanien gegenüber, das gerade deshalb umso zäher, doch auch mit unbelehrbarer Hartnäckigkeit, an der großen nationalen Überlieferung und den von ihr ererbten Einrichtungen festhält. Diese Überlieferung aber geht auf Zeiten zurück, als das Geistesleben auf der iberischen Halbinsel durch die ungangbare Gebirgskette der Pyrenäen jahrhundertlang von der Kulturgemeinschaft des europäischen Abendlandes abgeschlossen und durch in Afrika und Amerika zu lösende Aufgaben abgelenkt war.

In den Karlistenkriegen, durch die bald darauf, nach dem Tode Ferdinands VII. († 1833), Spanien beinahe ein halbes Jahrhundert lang beunruhigt und verwüstet wurde, trat diese Spaltung aufs neue und deutlicher zu Tage. Denn waren es auch Bürgerkriege, die um der dynastischen Frage der Thronfolge willen geführt wurden, so handelte es sich zugleich um die Entscheidung zwischen Absolutismus und konstitutioneller Monarchie. Später, nach dem mißlungenen, nur elfmonatlichen Experiment, das 1873/74 mit der republikanischen Staatsform gemacht worden war, mußte sich wiederum etwa ein halbes Jahrhundert lang die wiederhergestellte Monarchie gegen den ihre Existenz bedrohenden republikanischen Umsturz verteidigen, die Verteilung der Rollen blieb hierfür ungefähr die gleiche, nur daß ihre Bezeichnung gewechselt hatte. Die baskischen Traditionalisten, die sich als die Erben der karlistischen Überlieferung betrachten, haben daher eigentlich ganz recht, wenn sie in dem jetzigen Bürgerkrieg, dessen Dauer anfangs nur auf einige Wochen eingeschätzt worden war, eine Fortsetzung der vor 60 Jahren unterbrochenen Karlistenkriege erblicken. Der erste Karlistenkrieg hat aber sieben Jahre gedauert; der vierte wurde 1876 durch Alfons XII., Sohn der 1868 gestürzten Königin Isabel II. und Vater des 1931 ebenfalls gestürzten Alfons XIII., beendet. Doch ist insofern eine wesentliche Veränderung eingetreten, als im vorigen Jahrhundert das übrige Europa den blutigen Auseinandersetzungen auf der pyrenäischen Halbinsel als unbeteiligter Beobachter ruhig zusehen konnte, während sie diesmal

durch die Einmischung der moskowitzischen Komintern eine internationale Gefahr geworden sind.

Andererseits bedeuten durch die Anwendung der vervollkommenen Kampf- und Zerstörungsmittel der Neuzeit die im Lande angerichteten Verwüstungen die nicht wieder gut zu machende Vernichtung

eines unersetzlichen Kunstbesitzes, auf dessen Schutz und Erhaltung schließlich auch alle durch eine gemeinsame Kultur verbundenen Länder ein Anrecht hätten. In den Karlistenkriegen des 19. Jahrhunderts gab es noch keine Flugzeuge, kein Benzin und kein Dynamit. Was allerdings die verübten, jeder Menschlichkeit spottenden Grausamkeiten betrifft, denen gegenüber das nicht allzu stark entwickelte Weltgewissen schließlich doch sich regt, so sind sie zwar im Bruderzwist des vorigen Jahrhunderts nicht in dem gleichen, geradezu entsetzlichen Ausmaß vorgekommen; doch Beispiele für sie sind schon zur Genüge vorhanden.

Die merkwürdige Rolle, die schon in den früheren Bürgerkriegen, genau wie jetzt, die Kirche gespielt hat, und der gegen sie von ihren erklärten Gegnern entfesselte, wahrhaft kannibalische Verfolgungswahnsinn erklärt sich daraus, daß in Spanien nach einem beinahe 800 jährigen Glaubenskampf, der „reconquista“, die nationale Einigung aus der religiösen hervorgegangen ist; die Kirche und ihre Einrichtungen haben daher fast ein halbes Jahrtausend lang als die zuverlässigste Stütze der gegen fremdländische Infiltrationen jeder Art mit vaterländischem Fanatismus verteidigten nationalen Überlieferung gegolten. Bezeichnend ist es jedenfalls, wenn der Bischof von Pamplona im Anfangsstadium der in ihrem Umfang noch gar nicht zu überblickenden nationalen Bewegung in einem Hirtenbrief erklärt hat: es sei kein Krieg, sondern ein Kreuzzug. Zumal sind es die Basken von Navarra und die von ihnen gestellten Freischaren, die „requetés“, die bei diesem Standpunkt geblieben sind. Die Stellung der Kirche aber ist umso mehr ungewöhnlich fest, als andere ordnungserhaltende Faktoren in Spanien nicht im gleichen Maße, wie sonst in den meisten zivilisierten Ländern, entwickelt sind. Mit einem gebildeten Mittelstand, der kulturell und wirtschaftlich eine solide Grundlage bilden könnte, ist seit jeher kaum zu rechnen gewesen. Der namentlich im Süden des Landes (Andalusien und Extremadura) bei weitem überwiegende Großgrundbesitz war die Ursache für den in den meisten Gegenden höchst nachteiligen Mangel an selbständigen, zu eigenem Wohlstand gelangten Bauern. Vor allen Dingen aber hatten Disziplin und militärischer Geist in der Armee durch ihre ständige Verwicklung in politische Abenteuer schon seit etwa 100 Jahren stark gelitten; da aus diesem Grunde vielfach ausgesprochene Gegensätze zwischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften bestanden, gab es nur wenige Truppenteile, auf die ein unbedingter Verlaß war. Das gleiche gilt von der Marine. Eine kleine kriegstüchtige Elitetruppe, die den ihr sich stellenden militärischen Aufgaben ohne weiteres gewachsen war, stand daher zu Beginn des Bürgerkriegs nur in Nordmarokko zur Verfügung, wo die Gefahr einer politischen Verseuchung eine geringere war, als in den Garnisonen der Halbinsel. Gerade aber die unerwarteten Schwierigkeiten, diese kampfbereiten Kerntrouppen über die Meerenge von Gibraltar zu bringen, sind der hauptsächlichliche Grund für die folgenschwere Verzögerung eines anfangs jedenfalls nicht unmöglichen schnellen Erfolgs.

Die Träger des revolutionären Gedankens in Spanien waren, seit das Land in Gärung geraten ist, vorwiegend Intellektuelle,

die fast ohne Ausnahme aus dem vor etwa 100 Jahren in Madrid gegründeten literarischen Klub „Ateneo“ hervorgegangen sind. Wenn sie sich, als die französische Revolution noch in frischer Erinnerung war, die Enzyklopädisten zum Vorbild genommen hatten, so war dies erklärlich. Doch war es ein Zeichen von einer erstaunlichen Weltfremdheit, daß ihnen das richtige Verständnis für die inzwischen eingetretene soziale Umwälzung offenbar fehlte. Viele von ihnen schienen sich daher kaum Rechenschaft davon gegeben zu haben, daß mit der Zeit Moskau an die Stelle von Paris getreten war.

Als sie aber nach dem Mißerfolg des an sich gut gemeinten Experiments zur Rettung des Thrones durch die Diktatur des Generals Primo de Rivera (1923—30) den Augenblick für gekommen hielten, um der ohne Zweifel altersschwachen Monarchie den Gnadenstoß zu versetzen, merkten sie erst, als es zu spät war, daß sie hiermit nur dem Marxismus Vorspann geleistet hatten.

Die tiefe Enttäuschung, weil bei dem Umsturz von 1931 die bürgerlich-demokratische Republik nicht herauskam, mit der die theoretischen Gegner der Monarchie bestimmt gerechnet hatten, doch auch die Unzufriedenheit der proletarischen Massen, die mit voreilig gegebenen, meist unerfüllbaren Versprechungen geködert worden waren, verschaffte bei den Parlamentswahlen im November 1933 den ehemaligen Rechtsparteien nochmals einen selbst die kühnsten Erwartungen bei weitem übertreffenden Sieg. Eine der schlimmsten Unterlassungssünden aber, die begangen worden sind, war es, daß diese wie durch ein Wunder sich bietende Gnadenfrist von mehr als zwei Jahren nicht hinreichend ausgenutzt worden ist, um die wiedergewonnene Stellung auch aufs neue zu befestigen. Zwar wurde im Oktober 1934 ein marxistisch-separatistischer Aufstand, der gleichzeitig in Barcelona, Madrid und Asturien ausbrach, ohne besondere Schwierigkeiten niedergeworfen, doch im übrigen die kostbare Zeit mit Parteihader und engherziger Interessenpolitik vertrödelt.

Drei Männer aber, die gemeinsam das unglückliche Land von der ihm drohenden Gefahr des Bolschewismus hätten retten können, haben aus den zuvor erwähnten Gründen nicht mit-, sondern gegeneinander gearbeitet: der monarchistische Parteichef Calvo Sotelo, einstiger Finanzminister unter der Diktatur, dessen Ermordung in der Nacht vom 12. zum 13. Juli das blutige Zeichen zum Ausbruch des Bürgerkriegs gab; Gil Robles, der an der Spitze der zeitweise stärksten Partei im Parlament, der katholischen Volksaktion, eine Lösung auf christlich-sozialer Grundlage unter leichter Anlehnung an das von Oliveira Salazar in Portugal gegebene Beispiel suchte, und

endlich der hoffnungsvollste von ihnen, der Gründer und Führer der „Spanischen Phalanx“, José Antonio Primo de Rivera, der schon vor Beginn des Entscheidungskampfes in die Hände seiner unversöhnlichen Feinde gefallen war und schließlich doch ein Opfer ihrer Mordlust geworden ist.

Das schlimmste allerdings war die unbegreifliche Verblendung der bürgerlichen Rechten, die sich eines neuen, noch größeren Sieges so sicher glaubte, daß sie selbst die Auflösung des Parlaments, in dem sie die Mehrheit hatte, erzwang. Die Stärke der kurz vor Beginn der Wahlkampagne gebildeten Volksfront war erheblich unterschätzt worden. Andererseits war die Hoffnung der kleinbürgerlichen Elemente ein neuer Irrtum, die für die mit den Marxisten verbündete „Republikanische Linke“ gestimmt und gemeint hatten, daß diese, dank der staatsmännischen Begabung des zu ihr gehörenden Präsidenten der Republik, Azaña, die Oberhand behalten könnte.

Neue, nicht wieder gutzumachende Fehler der bei den Wahlen im Februar 1936 unterlegenen bisherigen Regierungsparteien gaben ihren Gegnern die Möglichkeit, durch gesetzwidrige Machenschaften den zunächst nur knappen Sieg bedeutend zu erweitern, so daß aus der anfangs schwachen Überlegenheit der Volksfront im Parlament durch unehrliche Nachwahlen eine erdrückende wurde. Die unausbleibliche Folge war, daß innerhalb von fünf Monaten das seit Jahren schon drohende und ständig wachsende Gespenst eines Bürgerkriegs Tatsache wurde und eine andere Lösung, als mit dem Schwert, kaum noch übrig blieb.

Bei der nicht immer glücklichen Rolle, die im Verlauf des letzten Jahrhunderts spanischer Geschichte wiederholt die Militärdiktatur gespielt hat, lag die Befürchtung nahe, daß es sich auch diesmal nur um eins jener Pronunciamientos handelte, die nur allzu oft Zwecken persönlichen Ehrgeizes gedient haben. Bald aber konnte man sich davon überzeugen, daß schließlich doch ein Vergleich mit früheren ähnlichen Vorgängen kaum am Platze war und vielmehr eine Gruppe erprobter und tüchtiger Generäle es für eine vaterländische Pflicht gehalten hat, sich an die Spitze einer großen volkstümlichen Bewegung zu stellen. Allerdings stand, als der Bürgerkrieg begann, hinter diesen Generälen nur das halbe Spanien, weil eben, wie anfangs auseinander gesetzt worden ist, die beiden sich gegenüberstehenden Fronten beinahe gleich stark sind. Dies ist aber die Erklärung warum ein schneller Erfolg, der die Gewähr für einen unblutigen Verlauf hätte sein können, ausblieb; während diese monatelange Verzögerung wiederum, bei der zweideutigen Haltung Frankreichs, Rußland die seit Jahren schon mit Ungeduld erwartete Gelegenheit bot, einzugreifen und so einem schon erlahmenden Widerstand das Rückgrat zu stärken. Aus dem Streit zwischen einem weißen und einem roten Spanien war der Kampf zweier Weltanschauungen geworden, der auf spanischem Boden ausgefochten wird und dessen Tragweite noch gar nicht abzusehen ist.

Norbert Tönnies (Köln):

Das Deutschtum in der Tschechoslowakei

Die Tschechoslowakei ist nicht durch einen „Aufstand der Nationen“ entstanden, sie wurde auch nicht, weil sich die Tschechen und Slowaken einig und stark wie ein Mann gegen die Herrschaft Wiens stemmten; die Tschechoslowakei ist vielmehr das Werk weniger aktivistischer Politiker, denen die innere Schwäche der alten österreichisch-ungarischen Monarchie gerade recht kam, um die „Verschwörerarbeit“ — wie Dr. Benesch das Wirken seines Kreises selber genannt hat — zu einem Erfolge führen zu können. Diese „Verschwörerarbeit“ begann mit dem Tage des Kriegsausbruches. Sie führte Männer wie Masaryk, Benesch, Stephanik, Kramarsch, Schreiner u. a. mehr in die Hauptstädte fast aller im Weltkrieg auf deutschgegenerischer Seite stehenden Mächte. Moskau, Rom, Zürich, Paris, London, New York, das waren die Plätze, an denen die tschechischen Politiker durch Vorträge, Verteilung von Schriften und Flugzetteln, persönliche Unterredungen mit führenden Männern, durch „Umtriebe“ und Unterminierung der Monarchie Karl I. für ihre Sache warben.

Als am 28. Oktober 1918 endlich der tschechoslowakische Nationalitätenstaat als die Frucht dieser Bemühungen aus der Taufe gehoben werden konnte, entstand ein Staatsgefüge, das zu etwa 50 % aus Nichttschechen und Nichtslowaken bestand. Die anderen sieben Millionen Menschen waren jedoch für den neuen Staatsverband ein wertvoller Besitz, der in erster Linie die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der neuen Republik garantieren sollte. Bedenkt man, daß die ehemals nach Wien, heute nach Prag gehörigen deutschstämmigen Landstriche in der alten österreichisch-ungarischen Monarchie etwa 80% der industriellen Erzeugung erstellten, so begreift man, warum Masaryk als auch Benesch bei den führenden Männern der westlichen Demokratien nicht nur aus macht- sondern auch aus wirtschaftspolitischen Gründen darauf drangen, in den Besitz dieser Randländer zu gelangen. **Die tschechischen Politiker wurden nicht enttäuscht: die deutschen Randgebiete mit ihren wertvollen Industrieanlagen, in denen deutsche Menschen mit ihrem Fleiß, ihrer Zuverlässigkeit und ihrem Können arbeiten, haben nicht wenig dazu beigetragen, die Tschechoslowakei selbst in den empfindlichsten Krisenjahren lebensfähig zu halten. Von dieser Tatsache muß man ausgehen, wenn man die große geschichtliche Tragik des Sudetendeutschtums in der Tschechoslowakei erfassen will.**

Die Prager Regierung hat mehr als 16 Jahre lang die Existenz einer sudetendeutschen Frage geleugnet. Analog dem schon vorher von Polen unterzeichneten Minderheitenschutzvertrag wurde durch die Einflußnahme des Völkerbundes auch für die Tschechoslowakei ein solcher Schutzvertrag für rechtsverbindlich erklärt. Er sollte dem Deutschtum politische, kulturelle

und wirtschaftliche Rechte garantieren, damit dieses Minderheitenvolk nicht ein Diener-, sondern ein „Staatsvolk“ sein konnte. Der Vertrag sah u. a. vor:

Artikel 2: Die (tschechoslowakische) Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Staatsbürgerschaft, der Sprache, der Rasse oder Religion vollen und uneingeschränkten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren.

Alle Einwohner . . . werden das Recht haben, öffentlich oder privat jede Art Glauben, Religion oder Bekenntnis frei auszuüben, deren Ausübung nicht mit der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten unvereinbar ist.

Artikel 7: Alle . . . Staatsangehörigen ohne Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion sind vor dem Gesetz gleich und genießen dieselben bürgerlichen und politischen Rechte.

Unterschiede in der Religion, im Glauben oder Bekenntnis sollen keinem . . . Staatsangehörigen beim Genusse der bürgerlichen und politischen Rechte nachteilig sein, insbesondere nicht bei der Zulassung zu öffentlichen Stellen, Ämtern und Würden oder bei der Ausübung der verschiedenen Berufe und Erwerbszweige.

Keinem . . . Staatsangehörigen werden Beschränkungen im Gebrauch irgendeiner Sprache im privaten oder geschäftlichen Verkehr, in Angelegenheiten der Religion, der Presse oder irgendeiner Art von Veröffentlichungen noch auch in öffentlichen Versammlungen auferlegt werden.

Unbeschadet der Einführung einer Amtssprache . . . werden den nicht (tschechisch) sprechenden . . . Staatsangehörigen angemessene Erleichterungen beim Gebrauch ihrer Sprache vor Gericht in Wort und Schrift gewährt werden.

Artikel 8: (Tschechoslowakische) Staatsangehörige, die einer rassischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, genießen rechtlich und tatsächlich dieselbe Behandlung und dieselben Garantien, wie die anderen . . . Staatsangehörigen. Insbesondere haben sie ein gleiches Recht, auf ihre eigenen Kosten Wohltätigkeits-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu verwalten und zu beaufsichtigen, mit der Berechtigung, in denselben ihre Sprache frei zu gebrauchen und ihre Religion frei zu üben.

Auf die Verwirklichung dieser Vertragsbestimmungen hat das Sudeten-deutschtum bisher vergeblich warten müssen! Immer und immer wieder glaubte es, daß eines Tages, wenn in dem neuen Staatsverband das politische Leben in einigermaßen regelmäßigen Bahnen laufen würde, auch der Augenblick kommen müßte, in dem die verheißungsvolle Theorie in die Praxis umgesetzt werden würde. Trotz der Trostlosigkeit seiner Lage hat das Sudeten-deutschtum dem neuen Staat immer wieder seine Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zugesagt, allerdings zur gleichen Zeit die Notwendigkeit einer Ver-

wirklichung der in dem Minderheitenschutzvertrag zugestandenen Rechte betont. Diese zugestandenen Rechte sind bis heute nicht verwirklicht worden. Im Gegenteil, ausgehend von dem Wunsche, einen hundertprozentigen slawischen Staat zu schaffen, hat man in Prag alles versucht, um im Laufe der Zeit das Deutschtum politisch, kulturell und wirtschaftlich aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens herauszudrängen, und jede Einflußnahme faktisch auszuschalten. Weder durch politisch-parlamentarische Interventionen, noch durch wirtschaftliche Notschreie hat sich der tschechische Chauvinismus von seinem Ziel abbringen lassen; die 3 1/2 Millionen Deutsche sollten politisch bedeutungslos werden. Wenn eine Steigerung überhaupt möglich ist, dann war das Jahr 1936 ein Höhepunkt in diesen Bestrebungen. Zu Gunsten der tschechischen Landstriche wurde in den deutschen Randgebieten die Wirtschaft im Dienste der politischen Bestrebungen — unter anderem durch Entziehung der Staatsaufträge — systematisch um ihre letzte Existenz gebracht. Ein Beweis hierfür ist die Zahl der Arbeitslosen in diesen Randgebieten im Verhältnis zu andern Gegenden der tschechoslowakischen Republik: Während in den 50 rein deutschen Bezirken etwa 20,1 % der gesamten Bevölkerung leben, betrug der Anteil der Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten bei der letzten genauen Zählung etwa 45 % von der Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei. Von 1000 Einwohnern in den deutschen Gebieten waren 71 arbeitslos, von 1000 beruflich Ausgebildeten 140. Im Gesamtgebiet der Tschechoslowakei belief sich die Höhe der Arbeitslosen auf 32,6 bzw. 73,5 %. In den nichtdeutschen Gebieten kamen auf 1000 Einwohner nur 22,5 und auf 1000 Berufsfähige nur 52,9 Arbeitslose. Es ist unmöglich, aus diesen Zahlen eine durch eine Wirtschaftskrise hervorgerufene wirtschaftliche Unabänderlichkeit zu konstruieren. Dieses Ausmaß des Wirtschaftsleids ist das Ergebnis einer politischen Entrechtung, die man in verantwortlichen Regierungskreisen allerdings bis in die letzte Zeit hinein abzuleugnen pflegte.

Durch das dauernde Leugnen des wahren Tatbestandes lassen sich Übelstände nicht beseitigen. Im August des Jahres 1936 sah sich Staatspräsident Dr. Benesch veranlaßt, eine Reise in die Elendsgebiete anzutreten, um dadurch bei der von der Wirtschaftsnot betroffenen Bevölkerung ein Moment der Beruhigung zu schaffen. In Reichenberg nahm er u. a. auch zum sudetendeutschen Problem Stellung. Es war das erstemal seit 1918, daß ein maßgeblicher tschechischer Politiker es überhaupt für notwendig hielt, über dieses Thema zu sprechen. Das Vorhandensein dieses Problems ist somit durch den Staatspräsidenten selber bestätigt worden.

In der Tatsache, daß man mehr als 16 Jahre versucht hat, das Bestehen einer sudetendeutschen Frage zu leugnen, liegt der erste schwere Fehler, den Prag seit dem Bestehen der Republik gemacht hat. Vor 1918 und auch noch während der Verhandlungen mit den führenden Männern der Westmächte anerkannten die tschechischen Aktivisten der damaligen Zeit und unter ihnen nicht zuletzt Dr. Benesch die Bedeutung des Deutschtums in jenem politischen Raume. Man sprach von einer Rücksichtnahme auf die national-

völkischen Belange des Deutschtums. Man wollte Böhmen, Mähren und Teile Schlesiens für den neuen Staatsverband gewinnen und griff daher, der demokratischen Herzensregung folgend, zur Wilson'schen Redewendung vom Selbstbestimmungsrecht der Völker; das allerdings nur in den Konferenzsälen der westeuropäischen Hauptstädte, nicht aber in den zur Debatte stehenden Gebieten. Und später ließ man die Nutzenanwendung auf die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht der Völker nur bei der Behandlung der tschechischen und slowakischen Interessen folgen, bei dem Deutschtum dachte man nicht daran. Man glaubte dies unterlassen zu können, weil auch die für den Vertrag von St. Germain verantwortlichen Politiker selber niemals nach diesem Wilson'schen Grundsatz gehandelt haben und selber nie daran dachten, den betroffenen Völkern das Recht der Selbstbestimmung zu geben. Masaryk spricht in seinem Werk „Die Weltrevolution“ von der Geschichte des Tschechen- und Slowakentums. Dr. Benesch glaubt in seinem Bericht über das Werden der tschechoslowakischen Revolution („Der Aufstand der Nationen“) die seelisch-geistigen Kräfte für den Aufbruch in der Geschichte des tschechoslowakischen Volkes gedeutet zu haben.

Krofta entwickelt in seiner Abhandlung über „Das Deutschtum in der tschechoslowakischen Geschichte“ ein Bild von den geschichtlichen Bedingungen, die nach seiner Ansicht zu einer neuen Staatsbildung im europäischen Osten führen mußten. Kurz, alle drei noch heute führenden tschechischen Politiker sehen in der Geschichte und der völkischen Tradition das treibende Moment für den Aufstand des Tschechen- und Slowakentums.

Nur in der sudetendeutschen Frage übergeht man wohlweislich alle geschichtlichen Tatsachen, obwohl man in der eigenen Sache die Geschichte als Kronzeugen heranzieht.

Man vergißt, daß Prag die erste deutsche Universität war, der Deutsche Herder durch seine völkisch-philosophischen Gedankengänge dem Tschechentum einen Begriff vom Wesen des Nationalen vermittelte. Noch heute sind tschechoslowakische Chauvinisten unkonsequent genug, um in ihrer eigenen Sache im Geschichtlichen den Urquell des politischen Werdens zu suchen, während sie für 3 1/2 Millionen Deutsche die Bedeutung und das Vorhandensein jeglicher geschichtlichen Tradition leugnen.

Damit aber nicht genug. Man leugnet nicht nur geschichtlich unwiderlegbare Tatsachen, man versucht auch seit Jahren, die gegebene rassisch-völkische Zusammensetzung der Republik zu beseitigen, indem man zugunsten des Slavischen Assimilierungsversuche durch eine radikale Machtpolitik vorantreibt. Das ist der zweite Fehler. Diese machtpolitischen Bestrebungen äußern sich sowohl in der bereits oben angedeuteten Wirtschaftspolitik als auch in der Kulturpolitik. Obwohl den Deutschen die Unterhaltung von Schulen mit deutschsprachigem Unterricht vertraglich zugestanden worden war, wurde erst im vergangenen Jahre die „Lex Uhlirsch“ vom Prager Parlament angenommen. Dieses Gesetz verbietet fortan den deutschen Pri-

vatunterricht selbst in rein deutschen Gebieten. Fast zur gleichen Zeit erklärte die Podersamer Bezirksbehörde, daß das Sudetendeutschtum staatsrechtlich nicht existiere. Diese Ansicht wurde von andern Behörden zwar nicht mit der gleichen Offenheit ausgesprochen, dafür aber wurde umso radikaler danach gehandelt. Die Enthüllungen des sudetendeutschen Abgeordneten Köllner im Prager Abgeordnetenhaus im Dezember 1936 haben der ganzen Welt jene mittelalterlichen Foltermethoden gezeigt, mit denen die tschechische Polizei gegen grundlos verhaftete Sudetendeutsche vorzugehen pflegt, um sie damit politisch mürbe zu machen. Die Post- und Eisenbahnminister bezeichneten die deutschen Beamten als politisch unzuverlässig und sprachen sich gegen ihre Weiterbeschäftigung aus, ohne Rücksicht auf den Artikel 7 des Minderheitenschutzvertrages.

Ein ebenso rechtloser Zustand wurde durch die Verabschiedung des sogenannten Staatsverteidigungsgesetzes geschaffen, durch welches in den Randgebieten, also in den von Sudetendeutschen besiedelten Teilen der Republik, die Wirtschafts- und Industrieunternehmen unter militärische Kontrolle gestellt werden. Auch hier hat die willkürliche Verdammung zur politischen „Unzuverlässigkeit“ Tausende von deutschen Existenzen vernichtet und die deutschen Parteien zu Eingaben an den Staatspräsidenten veranlaßt. Die Auswirkungen des ebenfalls im vergangenen Jahre verabschiedeten Schutzgesetzes haben sich nicht weniger katastrophal für das Deutschtum gezeigt: Unter dem Deckmantel militärischer Notwendigkeiten wurden ganze Landstriche enteignet; dem deutschen Volkstum wurde somit der Nährboden entzogen.

Das Ziel all dieser Rechtsbrüche war, den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Faktor Sudetendeutschtum auf eine genehme Weise auszuschalten. Man glaubte, damit den Interessen der Republik dienen zu können, dachte jedoch nicht daran, daß durch das Vorgehen der zuständigen Stellen dauernde und empfindliche Beunruhigungsmomente geschaffen werden mußten, deren Schwere erst in jenem Augenblick besonders bemerkbar wurde, als das in zahlreiche Parteien zersplitterte Sudetendeutschtum zu mehr als 70 % in der Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins gesammelt und damit in die Lage versetzt wurde, der Willkür und dem Rechtsbruch einen starken Block entgegenzustellen. Dieser Block kam zustande mit dem Wahlsieg Konrad Henleins im Mai 1935.

Seit jenem Augenblick haben maßgebliche tschechische und slowakische Politiker von Zeit zu Zeit und in besonderem Maße im letzten Halbjahr des Jahres 1936 versucht, das Sudetendeutschtum durch Versprechen zu besänftigen. Die zahlreichen Versprechen wurden jedoch nicht erfüllt. Das war der dritte Fehler! Man hat in Prag vergessen zu berücksichtigen, auf welche eine lange Zeit das Sudetendeutschtum zurückblicken kann, ohne daß auch nur eines der gemachten Versprechen verwirklicht wurde. Diese trübe Erfahrung fand einerseits ihren Niederschlag in der Schaffung einer ständigen Mißtrauenssphäre zwischen Deutschtum und Gastvolk und trug andererseits

als natürliche Reaktion zur politischen Zusammenfassung in der Partei Konrad Henleins bei. Die Sudetendeutsche Partei ist heute nicht nur die weitaus stärkste deutsche, sie ist die stärkste Partei im Prager Parlament.

Auf Grund ihres Mitgliederbestandes ist die SdP. daher auch die einzige deutsche Partei, die als der berufene Verteidiger der sudetendeutschen Interessen anzusehen ist. Trotzdem versucht Prag immer wieder, mit den übrigen deutschen Parteien ins politische Geschäft zu kommen, und zwar deshalb, weil die SdP. für Prag der unbequemere, d. h. zielbewußte und stärkere Partner ist. Die übrigen deutschen Splitterparteien sind gefügiger, weil schwächer. Wäre Prag tatsächlich gewillt, zur Klärung der politischen Lage auf die Vorschläge und Anträge der deutschen Vertreter einzugehen und die Not des Sudetendeutchtums zu mildern, so müßte es — den parlamentarischen Spielregeln entsprechend — die SdP. als einzigen Verhandlungspartner anerkennen. Das tut man aber wohlweislich nicht: Versprechen, das sudetendeutsche Problem endlich zu lösen, sind bei den wenigen in der letzten Zeit in diesem Zusammenhange gepflogenen Verhandlungen und bei den verschiedenen Ministerreden lediglich als politischer Köder aufgefaßt worden, der nur dazu dienen sollte, den Machtfaktor Sudetendeutchtum für die Ziele der Regierung (auch für die außenpolitischen Ziele!) zu gewinnen, oder aber ihn faktisch und politisch auszuschalten. Bei den Versprechen fehlte bisher der Wille zur Tat, der wiederum eine andere Geisteshaltung voraussetzt, als die, die bisher bei den verschiedensten Anlässen klar zutage trat. Diese Geisteshaltung wurde noch kürzlich durch die Ausführungen des chauvinistischen Blattes „Narodni Politika“ gekennzeichnet. Dieses Blatt veröffentlichte die Kalkulationen eines Deutschenhassers, die darin gipfelten, daß bei gleichbleibender Wirtschaftslage des Sudetendeutchtums die deutsche Bevölkerung im Jahre 1970 um mehr als 17% abgenommen habe, also nur noch 2,8 Millionen Menschen zählen werde. Damit sei die Tschechoslowakei (endlich !!) ein reiner (?) Nationalstaat geworden. Unter solchen Umständen haben auch die besten Ministerreden bisher nicht vermocht, das starke und berechtigte Mißtrauen des Sudetendeutchtums gegenüber allen tschechoslowakischen Vorschlägen, die noch offenstehenden Fragen zwischen Deutchtum und Gastvolk endlich zu regeln, zu beseitigen. Es liegt daher jetzt lediglich in der Hand der Prager Regierung, einen Wandel zum Besseren zu schaffen. Alle Versuche in dieser Richtung müssen jedoch zwangsläufig scheitern, wenn Prag sich von ihnen nichts als innen- und außenpolitische Erfolge verspricht.

Staatspräsident Dr. Benesch hat zwar in einer Neujahrsansprache u. a. festgestellt: „Wir sind in eine neue Periode wirksamer Zusammenarbeit der Nationen in der Tschechoslowakischen Republik, insbesondere der tschechisch-deutschen Zusammenarbeit eingetreten.“ Diese Zusammenarbeit wird aber nach unserer Meinung erst dann zu einem fruchtbaren Ende führen, wenn die soziologischen, sozialen und politischen Verhältnisse des Sudetendeutchtums in der Tschechoslowakei jene Berücksichtigung erfahren haben, die ihnen auf Grund einer tausendjährigen Tradition zustehen!

San Martín

„El Capitán de los Andes“

Eine Lebensdarstellung des argentinischen Freiheitshelden

III. *)

Der Protektor Perús

Für San Martín war die Befreiung Chiles nur die Brücke zum Endziele: Lima. Sogleich nach dem Siege bei Maipú setzte er alle Hebel in Bewegung, eine Kriegs- und Transportflotte zu schaffen, mit der er an der Küste Perús landen wollte. Aber der Direktor der „Vereinigten Provinzen“, Pueyrredón, San Martíns stärkste Stütze, mußte vor dem Ansturm revolutionärer Kräfte (der gegen das Zentralsystem von Buenos Aires kämpfenden „Montoneros“) von seinem Posten weichen. Der Aufruhr führte zu anarchischen Zuständen in ganz Argentinien. San Martín weigerte sich, mit seinen Truppen in den Bürgerkrieg einzugreifen. Da nun keine Regierung mehr bestand, der gegenüber er verantwortlich war, ließ er sich in Rancagua (Chile) von den Offizieren des Andenheeres als Kommandanten der Perú-Expedition bestätigen. Sodann unterstellte er sich der Regierung Chiles, die nun unter größten Anstrengungen und Opfern die Expedition ermöglichte. An den Vorbereitungen, die sich bis zum August 1820 erstreckten, hatten O'Higgins und Lord Cochrane, der Admiral der chilenischen Flotte, bedeutenden Anteil.

Das Heer bestand aus 4350 Mann, ungerechnet die Schiffsbesatzung (größtenteils nordamerikanische und englische Matrosen). Es war nicht nur für reichen Proviant und alle Arten von Kriegsmitteln gesorgt, auch für 10 000 Gewehre und Uniformen, die für die Ausrüstung eines peruanischen Heeres bestimmt waren.

Die Expedition führte nur die Flagge Chiles, und San Martín blieb nur der Regierung Chiles gegenüber verantwortlich. „Der Zweck der Expedition“, erklärte O'Higgins, „ist die Befreiung Perús vom hassenswerten Joche Spaniens, seine Erhebung zu einer unbeschränkten, souveränen Macht und damit die Beendigung des südamerikanischen Unabhängigkeitskrieges.“

In vorzüglicher Ordnung vollzog sich die Einschiffung der Truppen in Valparaíso. Am 20. August 1820 ging San Martín selber an Bord, von einer unzähligen Menge umjubelt. Er ließ einen Brief zurück an den Stadtrat von Buenos Aires: „Morgen geht die Befreiungsexpedition nach Perú in See. Ich teile Ihnen dies als ihr General und als Vertreter des heldenhaften argentinischen Volkes mit. Ich versichere Sie meiner glühenden Wünsche für das Heil des Vaterlandes und erkläre, daß von dem Augenblicke an, da wieder eine Zentralregierung die Provinzen leitet, ich das Andenheer unter deren Befehl stellen werde.“

*) Anmerk. Vergl. auch Teil I (Heft 12/1936) und Teil II (Heft 1/1937).

Das Unternehmen erschien als ein unabsehbares Wagnis, ähnlich dem Eroberungszug Pizarros vor 300 Jahren. Perú, das wußte San Martín durch seine dort zahlreich eingesetzten Späher, war nicht in dem Maße zur Selbstregierung bereit, wie Chile. Nur ein Teil der Aristokratie hatte Verständnis für die neue Freiheit. Die andern stöhnten zwar unter den häufigen Kontributionen des Vicekönigs Pezuela, erwarteten aber weit ärgere Maßnahmen von einer Republik, durch die vielleicht ihre Sklaven — in Lima gab es ebensoviel Neger wie Weiße! — der „Menschenrechte“ teilhaft würden. Die mittlere Schicht war der patriotischen Sache durchaus geneigt, aber es fehlte an organisatorischen Fähigkeiten. Am tiefsten ersehnten die Indios eine soziale Umwälzung, doch sie waren zu sehr eingeschüchtert, zu arm und ungebildet, um entscheidenden Einfluß ausüben zu können. Man kann sagen: ein peruanisches Nationalbewußtsein war wohl in der Mehrheit der Bevölkerung vorhanden, es war aber noch von keinem Tat- und Opferwillen getragen. Um die schlummernden Kräfte zu wecken, bedurfte es nicht nur eines starken Antriebes von Außen, auch einer intensiven Werbung im Innern. Das stellte sich San Martín fast noch als schwierigere Aufgabe dar, als die Überwindung der feindlichen Waffengewalt; denn wenn er auch auf der Gegenseite mit rund 20 000 Mann (davon 10 000 in Hochperú) zu rechnen hatte, so war deren Gefechtswert doch sehr fragwürdig, weil ihr größerer Teil aus wahllos ausgehobenen Rekruten bestand.

Am 8. September gingen die Truppen in Pisco, einer Hafenstadt südlich von Lima, an Land. Die spanische Besatzung machte nicht einmal den Versuch, die Landung zu verhindern. So niederschmetternd wirkte der Angriff auf Pezuela, daß er durch einen Parlamentär um Waffenstillstand ersuchte. San Martín gewährte ihn. Und daran schlossen sich Verhandlungen in Miraflores bei Lima, in denen die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Freiheitskampfes erörtert wurde. Mit der Einführung der Verfassung in Spanien schien dem Vicekönig die Grundlage zu einer Verständigung gegeben, wie sie zur gleichen Zeit der General Morillo in Venezuela anstrebte. San Martín machte weitgehende Zugeständnisse, weigerte sich aber, die Verfassung zu beschwören. Offenbar kam es ihm hauptsächlich darauf an, Zeit zu gewinnen, mit den Agenten im Lande Verbindung aufzunehmen, die zahlreichen Aufrufe, die er verbreitet hatte, auf die Bevölkerung wirken zu lassen. Immerhin ist bemerkenswert, daß er einen Vorschlag in die Verhandlung warf, der schwerlich bloß eine diplomatische Finte war: er empfahl die Erhebung eines spanischen Prinzen zum König oder Kaiser von Perú. Da Pezuela sich nicht ermächtigt glaubte, über diesen Punkt zu verhandeln, und San Martín auf die Anerkennung der Unabhängigkeit Südamerikas bestand, wurden schließlich die Besprechungen abgebrochen und der Waffenstillstand für beendet erklärt.

Indessen sammelten sich in Lima die patriotischen Kreise und trugen Unruhe in die Bürgerschaft. Sendboten San Martins verhandelten im Geheimen mit den Offizieren des Regiments „Numancia“,

dessen Mannschaft aus Venezolanern bestand und nur auf einen günstigen Augenblick wartete, sich dem spanischen Kommando, unter das sie seinerzeit in ihrer Heimat gepreßt worden war, zu entziehen. Die Fahnenflucht nahm in den peruanischen Regimentern — namentlich unter den Farbigen — immer größeren Umfang an. 750 Neger von den Farmen bei Pisco wurden in das Befreiungsheer eingereiht.

Für viele war das lange Verweilen San Martíns in Pisco — fünfundvierzig Tage! — ein Rätsel. Es ist aber aus der besonderen Taktik zu verstehen, die er in Perú anzuwenden dachte, einer Kombination von politischen und militärischen Unternehmungen. „Man fragt mich“, äußerte er einmal, „warum ich nicht sofort auf Lima marschiere. Ich könnte es und ich würde es auch unverzüglich tun, wenn es mit meinen Absichten in Einklang zu bringen wäre. Ich suche keinen militärischen Ruhm, auch habe ich nicht den Ehrgeiz, mir den Titel eines Eroberers von Perú zu erwerben. Ich will das Land nur von der Knechtschaft befreien. Was wäre mir Lima, wenn seine Bewohner feindliche Gefühle gegen mich hegten? Ist damit allein der Unabhängigkeit, dem Fortschritt der Idee gedient, daß ich Lima und meinethalben das ganze Land militärisch besetze? Ich habe darüber meine eigenen Gedanken . . .“

Er nahm das System einer allmählichen Durchdringung und Umklammerung an. Lima sollte ihm als reife Frucht zufallen. Nach diesem Plane sandte er Anfang Oktober den General Arenales mit 1200 Mann in die Sierra. Der tatkräftige Soldat, der sich im Gebirge Hochperús bewährt hatte, als San Martín das Nordheer in Tucumán befehligte, sollte in die Täler der parallel zur sandigen Küstenebene verlaufenden hohen Gebirgsketten dringen, das unendlich fruchtbare Jauja-Tal zu besetzen suchen, dann einen Halbkreis beschreibend in östlicher Richtung gegen Lima wieder in die Ebene hinabsteigen und mit San Martín, der sich nördlich von Lima festzusetzen dachte, Verbindung aufnehmen. Vielfach war der Zweck des Unternehmens. Es galt einen Riegel zwischen die spanische Streitmacht in Hochperús und der in Lima zu schieben, die — meist indianische — Bevölkerung in der Sierra für die patriotische Sache zu gewinnen und zu bewaffnen (weshalb Arenales große Mengen an Gewehren und Munition mitnahm), die dort stationierten feindlichen Abteilungen zu vernichten, die Verproviantierung Limas aus dem Jauja-Tal zu unterbinden. Arenales wurde seiner Aufgabe im ganzen Umfange gerecht. Sein Marsch, der drei Monate dauerte, war ein Triumphzug. Die Bevölkerung schloß sich mit Begeisterung ihm an. Eine Anzahl von kleinen Städten, die er auf seinem Zuge erreichte, wurde besetzt, nach einigen glücklichen Scharmützeln — wobei die Königlichen in Scharen zu ihm übergingen — ein Sieg bei der Minenstadt Pasco errungen.

Indessen hatte San Martín das Gros des Heeres in Pisco wieder eingeschifft. Er demonstrierte mit seiner ganzen Flotte vor Callao, der großen Hafenfestung Limas, entschloß sich aber nicht zu einem Angriff. Vor Ancón, einem Flecken nördlich von Lima, schien er festen Fuß fassen zu wollen. Er schickte zunächst kleine Abteilungen aus, die Gegend zu erkunden und Vieh aufzutreiben. In erfolgreichen

Gefechten konnte Oberst Friedrich Brandsen seine Geschicklichkeit und seinen Wagemut beweisen. Doch erwies sich der Ort wegen seiner Wasserarmut nicht als geeigneter Stützpunkt gegen Lima. San Martín segelte weiter nach Norden. Im Hafen von Huacho ging die Flotte vor Anker. Hier war ein idealer Verteidigungsplatz. Die Sandwüste, die sich von hier bis zur Hauptstadt erstreckte, mußte eine Offensive des Feindes, der über keine Transportschiffe verfügte, außerordentlich erschweren. Huacho selber lag aber am Ausgang eines reichen, tropisch-üppigen Tales, das vom Flusse Huaura bewässert wurde. Hier ließ San Martín ein befestigtes Lager aufschlagen, und bald konnte sich mit ihm der siegreiche General Arenales verbinden.

Eine Reihe von glücklichen Ereignissen der folgenden Wochen hätte wohl San Martín, nach Ansicht vieler seiner Offiziere, zu einem entschlossenen Vorgehen ermutigen sollen. Lord Cochrane, der der Strategie des amerikanischen Fabius Cunctator mit brennender Ungeduld zusah, wollte wenigstens der in Callao eingeschlossenen spanischen Flotte den Todesstoß versetzen. Im Schutze der Dunkelheit durchfuhr er auf Ruderbooten mit einer Handvoll Matrosen die Hafensperre, bemächtigte sich zweier Kanonenboote, erkletterte die Bordwand des Admiralschiffes „Esmeralda“, machte die Besatzung in blutigem Nahkampfe nieder und konnte, obwohl er selber verwundet war und die Küstenbatterien ein heftiges Feuer eröffneten, die Beute in Sicherheit bringen. Von nun an war die Flotte zu keiner ernsthaften Aktion mehr fähig. Die Stimmung in Lima schlug so zu Gunsten der Patrioten um, daß der Stadtrat schon beim Vizekönig vorstellig wurde, er möge mit San Martín eine ehrenvolle Kapitulation abschließen, und daß bei einem Streifzuge der Patrioten, der sie in die Nähe der Stadt führte, das Regiment „Numancia“ samt und sonders (etwa 1000 Mann) zu ihnen überging. Zu gleicher Zeit sagte sich die nördliche Küstenprovinz Trujillo von der Krone los. Ihr Gouverneur, der Marqués Torre-Tagle, war schon lange im Geheimen mit San Martín im Einverständnis und schickte jetzt 1000 Mann in das Feldlager am Huaura. Es folgte die Stadt Piura, nahe an der Grenze Ecuadors, und in Ecuador selber erhob sich das Volk der großen Hafenstadt Guayaquil und stellte sich unter den Schutz San Martins und des Generals Sucre, den Bolívar zu Schiff aus Kolumbien mit einigen Hilfstruppen entsandt hatte.

Obwohl San Martín bereits über eine stärkere Heeresmacht verfügte als Pezuela, ging er nur zögernd zum Angriff über. In Retes, halbwegs zwischen dem Huaura und Lima, nahm er eine neue Stellung ein. Aber als er hörte, daß ein Teil des spanischen Heeres in Hochperú sich nach Lima bewegte und auf dem Wege durch die Sierra, den vorher Arenales gegangen war, alle schon befreiten Orte unter furchtbaren Metzeleien wieder besetzt hatte, zog er sich nach dem Huaura zurück. „Ich bewege mich mit Füßen von Blei, ohne mich auf eine Hauptaktion einzulassen“, schrieb er damals an O'Higgins.

Er begnügte sich mit Teilunternehmungen, deren Wirksamkeit freilich sehr beschränkt blieb, weil sie keinen festen Stützpunkt hatten,

von dem aus sie gestärkt werden konnten. Um Südperú von Lima abzuschneiden, wurde der General Miller mit 600 Mann zu Schiff nach Pisco gebracht. Obwohl die Truppe auf ihrem Vorstoß nach Osten Erfolge hatte, mußte sie bald unter dem stärkeren Druck des Feindes, und weil sie durch Krankheiten geschwächt war, nach ihrem Ausgangspunkt zurück. Dasselbe Schicksal war einem zweiten Versuch beschieden, den Miller von Arica aus unternahm. Arenales wurde wieder auf den Weg durch die Sierra — nun in umgekehrter Richtung — geschickt. Aber das Unternehmen blieb hängen, weil San Martín, der die Entscheidung in Lima suchte, ihm nur eine sekundäre Bedeutung zumaß und Arenales vor einer weitausgreifenden Handlung warnte.

Ohne Frage war San Martíns Verhalten nicht immer glücklich. Wir mögen den Grund darin suchen, daß in seinem Feldlager das Gelbe Fieber ausbrach und er selber wieder von seinem alten Leiden befallen wurde. Dennoch wirkte die Zeit zu seinen Gunsten. Auch auf der Gegenseite forderte das Gelbe Fieber viele Opfer. Dazu kam jetzt der Hunger. Lima war durch indianische Guerilla-Trupps von der Zufuhr abgeschnitten: Patriotische Streifkommandos brachten Hunderte von Überläufern ins Lager. Wie es in Lima aussah, berichtete ein Augenzeuge: „Ich finde alles in Auflösung. In den Cafés spricht ein jeder was er will, ohne die geringste Scheu. Die Regierung genießt keine Achtung mehr. Proklamationen San Martíns, die das Volk zur Freiheit aufrufen, gehen von Hand zu Hand. Man sammelt Unterschriften für eine Aufforderung an San Martín, er möge die Stadt besetzen und Bürgern Limas die Regierung übergeben.“

San Martíns Propaganda galt aber nicht nur der Menge, auch einzelne führende Persönlichkeiten suchte er zu gewinnen. So schrieb er dem Erzbischof von Lima, er möge seinen Einfluß geltend machen, daß der Krieg so bald wie möglich aufhöre: „Im Laufe der letzten zehn Jahre ist nun hier die Entwicklung der Dinge zu einem Abschluß gelangt, wie es allem Menschlichen früher oder später beschieden ist. Sie wissen, es ist nicht mein und der Menschen Werk, daß in verschiedenen Teilen des Kontinents der König aufgehört hat zu regieren. Es ist das Werk der Zeit, einer Kette von Ereignissen, die sich über drei Jahrhunderte erstreckt. Ich bin nichts als ein Instrument der Vorsehung, ausersehen, die Berufung meines Landes auf eine würdige Weise zu erfüllen. Und weil Freund und Feind, die im Kampfe stehen und zu sterben bereit sind, sich zu demselben Glauben und zu denselben Grundsätzen bekennen, möchte ich jedes Blutvergießen vermeiden.“

Dieser Mann, der von allen Heerführern Südamerikas mit Menschenleben am sparsamsten war, schien in der Tat den Sieg in Perú ohne Schlacht gewinnen zu wollen. Darauf deuteten seine Zeilen an O'Higgins: „Ich habe mir einen eigenen Kriegsplan zurechtgelegt, der meinem Einzug in Lima größere Sicherheit gewährt, als der glückliche Ausgang einer Schlacht. Meine Soldaten wünschen wohl mehr die Schlacht, weil sie denken, daß dann der Krieg schnell zu Ende ginge. Könnten sie sich nur zur Kaltblütigkeit zwingen wie ich!“

San Martín legte der Geduld seiner Leute und selbst auch der Bürgerschaft von Lima noch einmal eine harte Probe auf. Im Offizierskorps der Königlichen gab es gute Spanier und ausgezeichnete Militärs, wie La Serna, Canterac, Valdés, die die Duldsamkeit und die zaghafte Kriegsführung des Vizekönigs Pezuela als unwürdig empfanden. Ende Januar 1821 setzten sie in einem Generalsrat den Vizekönig ab. La Serna wurde zu seinem Nachfolger ernannt. Die Palastrevolution änderte aber zunächst nichts an der bisher geübten Taktik. La Serna mußte vor allem darauf bedacht sein, Zeit zu gewinnen, um das Heer reorganisieren zu können. Deshalb trat er mit San Martín in Unterhandlung wegen eines Waffenstillstandes. Das Eintreffen eines Friedensgesandten aus Madrid, der vorher bei San Martín sondierte und ihn entgegenkommend fand, gab den Anlaß dazu. Auf der Farm Punchauca bei Lima kam es denn auch wirklich zu einer Vereinbarung und dann zu Besprechungen über einen Friedensschluß, die über zwanzig Tage währten und zuletzt von La Serna und San Martín persönlich geführt wurden. San Martíns Bedingungen und Zugeständnisse wurden schriftlich fixiert: Sobald von La Serna die Unabhängigkeit anerkannt wäre, sollte der Vizekönig als vorläufiger Präsident gemeinsam mit einem aus beiden Parteien gebildeten Rat das Land regieren; die gegnerischen Truppen sollten zusammengelegt werden, und er, San Martín, wollte mit La Serna nach Madrid fahren, um bei Ferdinand VII. und den Cortes die Einsetzung eines Königs über Peru, Chile und Argentinien zu beantragen. San Martín ging hierbei so weit über seine Vollmachten hinaus, daß man an ein Täuschungsmonöver glauben möchte. Freilich ist nicht leicht zu erfinden, welchem Zweck es gedient hätte. Um, wie San Martín viele Jahre später aussagte, den Vizekönig zur Anerkennung der Unabhängigkeit zu verleiten und dadurch zu kompromittieren? Es war das eines von seinen „Geheimnissen“, das wohl niemals wird ganz aufgeheilt werden können . . . Jedenfalls lehnte La Serna nach zweitägiger Bedenkzeit ab, und der Kampf mußte weitergehen.

San Martín ging nun zu einer regelrechten Belagerung der Stadt über, und die Not der Bevölkerung wurde immer größer. Er schickte Lebensmittel hinein, unter der Bedingung, daß sie nicht für das Heer verwendet würden. La Serna begriff, daß Lima nicht mehr zuhalten war. Am 6. Juli überließ er die Stadt ihrem Schicksal, zog mit 2000 Mann dem General Canterac nach, der sich schon mit dem Gros ins Gebirge nach dem Jauja-Tal durchgeschlagen hatte. Warum San Martín die Fliehenden nicht nachdrücklich verfolgte? Es gingen der Division Las Heras, die er einsetzte, die Lebensmittel aus — und er dachte wohl, daß der Verlust von Lima auf das feindliche Heer demoralisierend wirken, daß es von selber sich auflösen würde.

Auch jetzt wartete er noch mit dem Einzug — bis ihn die Stadthäupter förmlich dazu einluden. Er wollte nicht als Eroberer, sondern als Befreier den Boden Limas, der Hauptstadt der neuen Welt, betreten. Am 10. Juli erschien er endlich im Innern der Stadt, von einer dichten Menge mit Freuden begrüßt.

Schluß folgt im März-Heft.

Die Brücke zum Ausland:

Nielsen-Reyes:

Der Großmarschall Otto Philipp Braun

Die Bedeutung seines Wirkens für die Beziehungen
zwischen Deutschland und Bolivien

Der Oberbürgermeister der hessischen Stadt Kassel, Lahmayer, hatte zu Ende Dezember des vorigen Jahres außer den Vertretern der Partei, ihren Gliederungen, Staat, Wehrmacht und Wirtschaft des Gaues Kurhessen, den Herren des Ibero-Amerikanischen Institutes zu Berlin, den bolivianischen Gesandten, General Sanjinés, sowie die zur Bolivianischen Gesandtschaft zu Berlin gehörenden Herren, den Militärattaché General Quintanilla und den 1. Legationssekretär Nielsen-Reyes zu einem Empfangsabend geladen, der einer Ehrung des großen hessischen Soldaten, des gebürtigen Kasseler Großmarschall Braun von Montenegro galt. In den Ansprachen auf dem Empfangsabend fanden die Gefühle der Freundschaft beredten Ausdruck, welche Bolivien Deutschland entgegenbringt und welche Deutschland wegen der vielen Bande, die es mit Bolivien seit langer Zeit verknüpfen, ebenso herzlich erwidert. Die schöne Feier klang in dem allgemeinen Wunsche und der Hoffnung aus, daß die gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bolivien und Deutschland sich noch vertiefen und vielfältigen möchten. Im vergangenen Jahrhundert sowohl wie in den letzten Jahrzehnten haben sich deutsche Kaufleute, Ingenieure und Wissenschaftler besonders bei der Erschließung der Erzminen hohe Verdienste in Bolivien erworben und es läßt sich garnicht absehen, welcher Segen bei beiderseitigem tatkräftigem Einsatz durch engste Zusammenarbeit für die beiden Länder ersprießen kann.

Die Schriftleitung.

Otto Philipp Braun, der Großmarschall von Montenegro, ist für Bolivien das, was für die Vereinigten Staaten von Nordamerika der Freiheitskämpfer General von Steuben gewesen ist. Obgleich eine erschöpfende Lebensbeschreibung Otto Philipp Brauns nicht vorliegt, da das Archiv seiner Familie in Kassel durch Brand vernichtet wurde, verfügt man doch über eine Fülle zuverlässigen Quellenmaterials, welches Gelegenheit gibt, Art und Wirksamkeit dieser interessanten Persönlichkeit kennenzulernen.

Marschall Braun wurde als Sohn des Hofwagenbauers Ludwig Braun am 13. Dezember 1798 zu Kassel geboren. Blutjung nahm er schon an den Feldzügen gegen Napoleon teil. Er studierte danach Tierarzneikunde in Hannover und Göttingen. Die aus Südamerika nach Europa gelangenden Nachrichten über die dort tobenden Kämpfe um die Freiheit und Unabhängigkeit Südamerikas steigerten den Braun im Blute liegenden Tatendrang soweit, daß er sich im Frühling 1818 kurz entschlossen von Le Havre aus nach Amerika einschiffte. Der Ruhm des großen südamerikanischen Befreiers Simón Bolívar erfüllte bereits die damalige Welt, und Braun ruhte nicht eher, als bis er mit zahlreichen anderen deutschen Freiwilligen in die Reihen der Truppen Bolívars aufgenommen wurde. Im Jahre 1820 trat er seine militärische Laufbahn in Südamerika an. Seit dieser Zeit schritt er von Erfolg zu Erfolg. Bolívar wurde bald genug auf ihn aufmerksam und nahm ihn in sein Garderegiment als Mayor auf. Bei Junin, am 6. August 1824, zeichnete sich Braun in so hohem Maße aus, daß er auf dem Schlachtfelde selbst zum Oberstleutnant befördert wurde. Vier Monate später, bei Ayacucho, am 9. Dezember, griff er in einem kriti-

schen Moment so glücklich mit seiner Kavallerie in die Schlacht ein, daß dieselbe sozusagen durch seine Initiative zugunsten Bolivars entschieden wurde. Sucre, der in dieser Schlacht den Oberbefehl hatte, ernannte Braun in Würdigung seines Verdienstes zum Obersten.

Die Freiheit Amerikas war mit der Schlacht von Ayacucho gewonnen. Aber im Süden des Kontinentes, d. h. in Bolivien, standen noch spanische Armeeteile, die zu vernichten die weitere Aufgabe der Freiheitskämpfer wurde. Braun rückte deshalb mit seinen Truppen dorthin. Als Marschall Sucre im Jahre 1825 der erste Präsident Boliviens wurde, bekleidete Braun schon den hohen Rang eines Generals. Braun blieb von da ab im Dienste des neuen Staates, und als in den Jahren 1836—38 Marschall Andrés de Santa Cruz die Conföderation Boliviens und Perus ausrief, erwarb sich Braun unschätzbare Verdienste. In diese Zeit fiel die Ernennung zum Großmarschall von Montenegro in gerechter Anerkennung seiner großen Leistungen im Süden, wo bolivianisches Land von argentinischen Truppen besetzt worden war. Zu diesem Charakter erhielt er den Ehrentitel „Der Tapferste der Tapferen“.

Im Alter von vierzig Jahren hatte Braun den Gipfel seiner militärischen Laufbahn erreicht. Danach bekleidete er unter anderem das Amt des Kriegsministers sowie verschiedentlich den Posten eines Departementspräfekten, so in Oruro, Cochabamba und schließlich in La Paz. Diese Tatsachen beweisen hinlänglich, daß es nicht nur Brauns militärische Laufbahn war, welche mit Ruhm und Ehren gekrönt wurde. Bolivien wußte vielmehr seine rein menschliche Größe zu schätzen, wie es ja auch anderen ausländischen Mitarbeitern stets freimütige Anerkennung gezollt hat. Die menschliche Größe war es auch, die sein Treueverhältnis dem großen Befreier Simón Bolívar gegenüber kennzeichnet.

Braun war in jeder Beziehung ein Mann der Tat. Er dachte keineswegs daran, auf den Lorbeeren seiner großen militärischen Leistungen auszuruhen. In seinem Privatleben zeigte er dieselbe rastlose Tätigkeit. Als er aus dem Staatsdienst ausgeschieden war, wurde er ein wohlhabender Minenbesitzer. Unter anderem erwarb er die Kupfergruben von Coro-Coro, die später dann so berühmt wurden und heute noch existieren. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Braun, der in Bolivien eine zweite Heimat gefunden hatte, seinem deutschen Vaterlande die Treue hielt. Wohl ließ er sich endgültig in Kassel nieder, um seinen Lebensabend in der angestammten Heimat zu genießen, allein nicht weniger als fünfzehnmal stattete er trotz der damaligen ziemlich beschwerlichen Reiseverhältnisse Bolivien mehr oder weniger lange Besuche ab. Von besonderem Reize ist es, der einzigartigen Persönlichkeit Marschall Brauns in einem Buche zu begegnen, das ein Zeitgenosse von ihm, ein Deutscher namens Moßbach geschrieben hat. Dieser Landsmann Brauns war Bergwerksdirektor auch bei den Kupferminen Brauns gewesen. Das kleine Buch ist hochinteressant; es ist im Jahre 1875 bei Johann Ambrosius Barth in Leipzig herausgekommen und trägt den Titel: „Bolivia. Kulturbilder aus einer südamerikanischen Republik.“ Es heißt an einer Stelle folgendermaßen:

„Glücklicherweise ist es den Ausländern ziemlich gleichgültig, wer die Gewalt in Händen hat, wie ihnen denn überhaupt das politische Schicksal des Landes wenig am Herzen liegt. Ihr Hauptstreben ist, Ruhe und Frieden zu erhalten, um ihre Geschäfte in Ruhe und Frieden treiben zu können. Dies wissen auch die Präsidenten zu schätzen, welche nicht selten schon, wie man zu sagen pflegt, ein Auge zudrückten, wenn ihnen etwas unvorsichtige Äußerungen von Ausländern zu Gehör kamen, und man darf den Zeitschriften und Erzählungen, welche uns öfter Nachrichten über das bedrohte Eigentum oder gar über das bedrohte Leben der Ausländer in den südamerikanischen Republiken brachten, nicht zuviel Glauben schenken; in Bolivia braucht man bei Beachtung obiger Warnung in dieser Hinsicht nichts zu befürchten. Für den geselligen Verkehr aber findet man unter den gebildeten Klassen, selbst der Eingeborenen, recht leicht passenden Umgang und viel aufrichtige Freundschaft, die an Aufopferung in der

LEGACION DE BOLIVIA

BERLIN W 15, 15. 1. 37

Meineke-Straße 19

Fernsprecher 911194

An die

Hauptschriftleitung der Zeitschrift
„Länder und Völker“.

B e r l i n

Es war mir Anlass zu einer ganz besonderen Freude, dass ich in Kassel auf freundliche Einladung des Herrn Oberbürgermeister Dr. Lahmeyer wieder verweilen durfte, denn vor 25 Jahren hatte ich schon einmal die Ehre, in dieser schönen Stadt am Grabe des uns so verehrten Freiheitskämpfers Grossmarschall von Montenegro, Otto Philipp Braun, einen Kranz im Namen unserer Armee niederzulegen. Das Wirken Brauns in Bolivien schuf eine ideelle Grundlage für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Bolivien. Seitdem sind hunderte und tausende Deutsche in unser Land gekommen, um dort eine zweite Heimat zu finden. Wir in Bolivien wissen deutsche Art und deutsche Arbeit zu schätzen und sind dankbar für die von ihnen drüben geleistete Aufbauarbeit.

Die Zukunft verheisst Bolivien und Deutschland auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete grosse und neue Entwicklungsmöglichkeiten des Zusammenwirkens.

General Julio Sanjinés
Ministro de Bolivia

Tat ihresgleichen sucht und dank welcher man sich bald ein angenehmes Leben schaffen kann. Hat doch ein Deutscher, der General-Feldmarschall Philipp Braun aus Kassel, die ganze Periode jener 40 Jahre erlebt und trotz mancher Unbill die weite Reise über den Ozean und über die unwirtlichen Cordilleren fünfzehnmal unternommen, obgleich er im Jahre 1839 nach Deutschland zurückgekehrt war und sich daselbst zum zweiten Male verheiratet hatte, während seine

Interessen in Amerika durch treue Freunde und vom Jahre 1854 sogar durch zwei erwachsene Söhne erster Ehe sicher und gut verwaltet wurden. Seine erste Frau war eine gebürtige Peruanerin namens Justa Rivero.“

Unter der neueren Literatur über den Großmarschall von Montenegro verdient vor Allem ein Sonderdruck von Dr. Karl Panhorst und Frau Dr. Edith Faupel Beachtung, dem mehrere aufschlußreiche Dokumente sowie an den Marschall gerichtete Briefe angefügt sind. Diese Briefe legen ein lebendiges Zeugnis davon ab, wie beliebt Braun bei seinen Vorgesetzten und wie aufrichtig andererseits seine Verehrung für Bolivar war.

Als Braun im Jahre 1869 von dieser Erde ging, trauerten ihm in Bolivien viele aufrichtige Freunde nach. Dem in einer bolivianischen Zeitung für ihn veröffentlichten Nachruf möchte ich zur Charakterisierung von Brauns Leben kurz folgendes entnehmen:

„Eine der ausgezeichnetsten und ruhmreichsten Gestalten des Unabhängigkeitskrieges war die des Generals Braun, des Großmarschalls von Montenegro, welcher der Geschichte Columbiens, Perus und Boliviens angehört. Von den fernen Strandflächen der Antillen bis zum Berge von Potosí gab es keinen Ort, welcher nicht eine Erinnerung des Namens dieses alten Kämpfers hätte, der nicht ruhmreiche Taten des Streiters für die Freiheit der Völker bezeugte. zu denen er aus dem Auslande herübergekommen war, um an ihrer Seite für die Unabhängigkeit zu kämpfen, indem er ihre Sache zu der seinigen machte, nämlich fünf Nationen vom spanischen Joche zu befreien. Für den Dienst der Freiheit ist kein Degen ein fremder, keine Kraft verloren. Dies waren die Empfindungen, welche Braun in die Reihen der Kämpfer für die Unabhängigkeiten führte.“

So erscheint uns Braun auf Grund seines Lebens und Wirkens als eine wahrhaft deutsche Heldennatur, die in Begeisterung für ein hohes Ideal das eigene Leben gering achtet und sich nicht um persönlichen Nutzens willen hervortut. Wohl war er ein Mann seiner Epoche und als solcher Mitgestalter und Verwirklicher der Ideale seiner Zeit. Aber ist es nicht überhaupt das Größte, sein eigenes Zeitalter richtig zu erfassen und zu leben? Wer sich blind den Forderungen seiner Zeit verschließt, Ideale wohl kennt, jedoch nicht zu verwirklichen trachtet, wird von der Nachwelt mit Recht verachtet.

Dem Lateinamerikaner ist der Sinn für Heldenverehrung sozusagen angeboren. Darum wird auch der deutsche Freiheitskämpfer Otto Philipp Braun in Bolivien ewig unvergessen bleiben.

Die Wesenseigentümlichkeit des Spaniertums

Das Ibero-Amerikanische Institut Berlin, die Deutsch-Ibero-Amerikanische Gesellschaft und der Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika hatten vor kurzem zu einem Vortrag des Herrn Dr. W. B e i n h a u e r über „Die Wesenseigentümlichkeit des Spaniertums“ eingeladen.

In seiner außerordentlich fesselnden Art brachte der Redner folgendes zum Ausdruck:

Mit innerer Anteilnahme begleiten unsere Gedanken das spanische Volk. Heiß wünschen wir, daß es Spanien nach der schweren Zeit, die es jetzt durchzumachen hat, gelingen möge, zur wahren Volksgemeinschaft zu gelangen.

Bei den nicht-spanischen Völkern liegt der Schwerpunkt auf der Leistung. In Spanien hingegen steht der Mensch im Vordergrund. Bei ihm ist der kulturelle Wert im Menschen, nicht in der Organisation begründet. So ist der Spanier von Natur adlig, ein geborener Führer, aber durchaus kein Organisator, soweit es sich um Vergrößerung materieller Werte handelt.

Aus der Perspektive des Nicht-Spaniers gesehen, scheint es hinsichtlich der Frage: ob einheitlicher Volksearakter, daß in Spanien die Unterschiede kleiner sind, als sie für den Aus-

länder etwa zwischen Nord- und Süddeutschland erscheinen. Von Katalonien nur läßt sich sagen, daß es aus dem allgemeinen Rahmen herausfällt.

In Spanien gilt die Individuallehre viel.

Für den Deutschen wirkt die konventionelle Art des Spaniers leicht unehrlich. Es fällt dem Spanier schwer, eine Ablehnung zu sagen. Darum bemüht er sich, seine Antwort in eine feine Form zu kleiden. Es gehört sehr viel Feinnervigkeit dazu, um den Spanier zu verstehen. denn, um das zu können, muß man die Absicht kennen, was er sagen will.

Einen großen Wert legt der Spanier auf die Geste. Der Deutsche kennt diese Geste nicht, bei ihm gilt strenge Sachlichkeit. Hierin liegt auch ein Grund, warum der Handelsvertrag mit Deutschland im Jahre 1925 so hinausgezögert wurde. Deutschland hatte nämlich zu den einzelnen Sitzungen verschiedene Personen delegiert. Man glaubte sich hierzu berechtigt, weil es sich nicht um die Person handelte, sondern es galt, der Sache zu dienen. Das wirkte sich ungünstig bei den Spaniern aus. Sie kannten ihren Partner nicht und mußten immer erst versuchen, ihn zu ergründen.

Sprichwörtlich ist der Stolz des Spaniers. Der Deutsche kennt nur den Stolz auf etwas. Der spanische Stolz liegt auf einem ganz anderen Gebiet. Er gründet sich nicht auf Leistung; er kann sich auf nichts stützen. Seine Hochherzigkeit gründet sich auf die von Gott verliehene Menschenwürde.

Bei dieser Anschauung besteht natürlich eine große Gefahr, nämlich die des Abergläubens.

In Spanien ist der Bettler durch seine Menschenwürde geadelt. Man würde in Spanien niemals auf einen Bettler herabsehen. Das zeigt sich auch in der Art, wie man öffentlich sich beim Bettler fast entschuldigt, wenn man ihm keine Gabe reichen kann. Auch der Bettler ist ein Cavallero.

Von Natur aus ist der Spanier bedeutend freizügiger als der Deutsche. Bei dem Deutschen entspringt die Freizügigkeit oft egoistischen Motiven. Selbst der Handwerker zeigt sich als Cavallero.

Ausländer auf deutschen Hochschulen

Herr Omar Albarracín, Direktor der Hauptversuchsschule zu Santiago de Chile. befindet sich in offiziellem Auftrage der chilenischen Regierung und auf Einladung der deutschen Regierung seit Juni 1932 in Deutschland, um sein Wissen an den deutschen Bildungsanstalten zu vervollkommen. Hier hat er 4 Semester an der Hochschule für Lehrerbildung zu Bonn am Rhein gearbeitet und an der Hamburgischen Universität Erziehungswissenschaft, Philosophie, Psychologie, Soziologie und Ibero-Romanische Philologie studiert. Am 20. Juni 1936 bestand er da seine Doktorprüfung mit dem Prädikat „Ausgezeichnet“. Für seine Doktorarbeit: „Die neue Erziehungsbewegung und ihre praktische Auswirkung in Chile“, welche unter der Führung des Direktors des Erziehungswissenschaftlichen Seminars der Hansischen Universität zu Hamburg abgefaßt wurde, bekam der Verfasser das Prädikat „Vorzüglich“.

Während seines Aufenthaltes in Deutschland hat außerdem Herr Albarracín zahlreiche Berichte für das Erziehungsministerium seines Heimatlandes geschrieben. Von diesen Berichten sind zwei von den Erziehungsbehörden als selbständige Werke herausgegeben worden unter dem Namen: „La Escuela del Trabajo en Alemania“ (Santiago de Chile, 1933/34) und „Informes acerca de la realidad educacional alemana“ (Santiago de Chile, 1935). Seit dem 1. 11. 1932 ist Herr Albarracín Stipendiat der Alexander-von-Humboldt-Stiftung gewesen. Ihr verdankt er alles, was er bisher erreicht hat. Seine Arbeiten sind stark von der nationalsozialistischen Weltanschauung durchdrungen.

Querschnitte

Die ersten Deutschen in Amerika. — Zwei Kuchenbäcker. Dem Archiv des Deutschtums in Mexiko, das von dem Schriftsteller Wilhelm Ferdiekamp im Auftrage der Deutsch-mexikanischen Humboldt-Gesellschaft herausgegeben wird, entnehmen wir folgende Mitteilungen über die ersten Deutschen in Amerika.

Die ersten amtlich erwähnten Deutschen in Neu-Spanien sind zwei Kuchenbäcker. Eine Cédula vom 25. April 1535, aufbewahrt im Archive de Indias, nennt die beiden: Mizer Alberto und Enrique Goun (wohl Kuhn oder Huhn), Alemanes, und erteilt ihnen, von Karl V. unterschrieben, die ausschließliche Erlaubnis, in Neu-Spanien „pastel y azafran“ herzustellen. Die Erlaubnis glich einem Monopol, denn es wurden auch Verordnungen erlassen, die den Verkauf von Kuchen aufs strengste regelten; so durfte z. B. kein Gebäck in den Straßen verkauft werden und nur die beiden Meister hatten das Recht, Lehrlinge in ihrem Gewerbe auszubilden. „So verdanken wir“, schreibt der mexikanische Schriftsteller José de J. Nuñez y Dominguez, der diese historischen Begebenheiten in seinem Buche 'Al Margen de la Historia' ans Licht zog, „so verdanken wir unsere Vorliebe für Kuchen diesen braven Deutschen.“

Ein 4000 Jahre altes Dorf in der Lüneburger Heide ausgegraben. Eine jungsteinzeitliche Dorfsiedlung wurde durch umfangreiche Ausgrabungen des Prähistorikers Dr. Hans Piesker-Hermannansburg in Dohnsen (Lüneburger Heide) aufgedeckt. Dem Forscher gelang es, die Grundrisse mehrerer Wohnhäuser freizulegen. Die Häuser hatten meist zwei Räume. Neben den Herden wurden große Mengen von Scherben gefunden, die teilweise Verzierungen zeigen, wie sie für die jüngere Steinzeit, also 2500 bis 2000 v. Chr., charakteristisch sind. Ferner konnten mehr als tausend Werkzeuge aus Feuerstein, wie Pfeilspitzen, Messer, Schaber, Kratzer, Stücke von Beilen und außerdem Spinnwirtel aus ge-

branntem Ton, geborgen werden. Die Häuser waren aus Holz und Stroh gebaut und die Wände aus Weidengeflecht hergestellt. Die Grabungen sind noch nicht beendet und es ist zu erwarten, daß noch weitere Funde gemacht werden. Die Bedeutung dieser Ausgrabung geht schon daraus hervor, daß man es hier mit den Spuren des bisher ältesten Dorfes in Niedersachsen zu tun hat.

Kunstdenkmäler an der Wasserkante.

Die schöne Dorfkirche in Balje, deren Bau in das 13. Jahrhundert fällt, ist, wie unser Korrespondent berichtet, in diesen Tagen ein Raub der Flammen geworden. Die Baljer Kirche war berühmt durch eine besonders große Glocke, die urkundlich schon im Jahre 1463 erwähnt worden ist, und erst 1918 zu Kriegszwecken abgeliefert wurde. Jetzt beim Brande ging auch der zentnerschwere Bronzeleuchter, der aus dem Jahre 1562 stammt, verloren, ebenso das auf einer Eichenbohle gemalte Abendmahlsgemälde, das seit 1584 in dieser Kirche hing. Leider meldet man auch, daß das vor den Toren Hamburgs gelegene Schloß Tangstedt, in dem der Dichter Liliencron lange Zeit wohnte und seine Heidegedichte schrieb, abgebrochen werden soll. Zwar hat der Beauftragte für Naturschutz sich für die Erhaltung des heimatkundlich wertvollen Schlosses nachdrücklich eingesetzt. Da jedoch das gesamte Gebiet des angrenzenden großen Moores urbar gemacht und besiedelt werden soll, so ist es zweifelhaft, ob dieser schöne, alte Schloßbau mit seinen zwei wuchtigen eckigen Treppentürmen erhalten bleiben kann.

Trauerfeier für v. Seeckt in Nanking.

Eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Generaloberst Hans v. Seeckt, die in den Räumen des Klubs der in Deutschland studierten Chinesen abgehalten wurde, gab Zeugnis von der großen Verehrung, die Hans v. Seeckt in China entgegengebracht wird. Zu der Gedächtnisfeier waren Vertreter der Reichsämter und Ministerien, der ober-

sten Militär- und Stadtbehörden sowie viele Angehörige aus Wirtschafts- und Wissenschaftskreisen erschienen. Der deutsche Botschafter Dr. Trautmann war mit den Herren der Botschaft und den in Nanking lebenden Vertretern der NSDAP zugegen.

Marschall Chiang Kai-shek, der sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit auf dem Lande aufhält, hatte zwei Kränze gesandt und ließ sein Bedauern aussprechen, nicht persönlich an dieser Gedächtnisfeier teilnehmen zu können. Botschafter Dr. Trautmann gab eine Würdigung des großen Soldaten und ging auf die Verdienste und die Sympathien ein, die sich von Seeckt während der kurzen Zeit seines China-Aufenthaltes in allen Kreisen erworben habe. Man könne mit Recht sagen, daß v. Seeckt eine neue Brücke für die chinesisch-deutsche Zusammenarbeit geschlagen habe. General Falkenhausen schilderte den militärischen Werdegang Seeckts.

Aus dem Deutschtum der Vereinigten Staaten

Unter der Leitung der „Deutschemerikanischen Historischen Gesellschaft von Illinois“ wurde kürzlich in Chicago das Denkmal des deutschen Forschers Alexander von Humboldt in Gegenwart von hohen Bundes- und Stadtvertretern an seinem neuen Standorte in dem herrlichen Humboldt-Park in einer erhebenden Feier neu geweiht.

Im gleichen Monat konnte in Baltimore, Md., in Gegenwart des deutschen Botschafters Dr. Hans Luther und des Generalkonsuls Freiherr von Tippelskirch aus Boston, eines anderen Nachkommen von Dr. Martin Luther, ein Denkmal für den großen deutschen Reformator enthüllt werden. — Es ist die Stiftung eines Mitgliedes der alten deutschen Zionskirche.

Solche sichtbaren Wahrzeichen deutscher Geistesgröße tragen in Amerika zweifellos dazu bei, in unseren Volksgenossen das Bewußtsein von dem Werte ihres Deutschtums auch für die neue Welt und die eigene sittliche Verpflichtung zum Einsatz und zur Leistung für

das deutsche Geistesleben in Amerika zu stärken.

Die Notrufe der Steuben-Gesellschaft und anderer deutscher Verbände im ganzen Lande, daß die deutschen Eltern ihre Kinder zu dem deutschen Sprachunterricht in den amerikanischen Schulen und in die privaten deutschen Sprachschulen schicken sollen, beweisen, daß jede Mahnung und Ermunterung des kulturellen Pflichtgefühls unserer Volksgenossen drüben noch bitter notwendig ist.

Nur dann können die zahlreichen Jubelfeiern der deutschen Gesangvereine, von denen uns berichtet wird, einen tiefen Sinn und eine hohe Bestimmung haben, wenn sie nicht nur wehmütig an die Leistungen einer vergangenen Zeit deutschen Lebens in Amerika erinnern, sondern zukunftsicher Dirigentenstab und Notenheft jederzeit dem heute drüben aufwachsenden deutschen Geschlechte in die Hand geben können.

Die Suche nach dem Grab Attilas. In Belgrad ist eine Gesellschaft gegründet, die die Suche nach dem sagenhaften Grabe des Hunnenkönigs Attila finanzieren will. Man glaubt, im Banat am Flusse Tanis, die Fundstelle zu vermuten, da in der dortigen Gegend schon seit längerer Zeit von den Bauern goldene Münzen, die dem Kriegsschatz Attilas entstammen sollen, ausgeackert worden sind. Zur gleichen Zeit arbeitet aber auch eine andere Gesellschaft in der Gegend von Lipt. Hadrock in der Tschechoslowakei, wo unter der Leitung des Ingenieurs Stepan eine Expedition nach dem Grabe sucht. Stepan vermutet, daß Attila in drei goldenen Särgen begraben sein soll.

Auf der Donau und auf dem Rhein gab es schon im XIII. Jahrhundert eine **organisierte Handelsschiffahrt**. Zwischen Frankfurt und Mainz verkehrten seit dem XIV. Jahrhundert täglich zwei Marktschiffe.

Der Boden war schon im Altertum ein beliebtes Objekt für Spekulationen. Der Bauplatz für das von Cäsar errichtete Forum Romanum erforderte 21 Millionen Mark oder etwa 2000 Mark für einen

Geviertmeter. Die Mieten waren damals eine bedeutende Einnahmequelle; trotz des schlechten Zustandes der Wohnungen waren die Mietpreise sehr hoch. In Rom gab es in der späteren Kaiserzeit fast 50 000 Mietskasernen und rund 1800 Luxushäuser.

Altchinesische Wirtschaftsreform. Im Jahre 1069 n. Chr. wurde in China eine große Reform durchgeführt. Dabei wurden von amtlicher Seite täglich die Preise aller Waren und Lebensmittel festgesetzt. Gleichzeitig wurde der Staat alleiniger Bodenbesitzer, der Bauer erhielt zinsfreie Vorschüsse an Saatgetreide, Staatskommissare bestimmten, was auf jedem Acker gebaut werden sollte, um einen möglichst hohen Ertrag zu liefern. China hatte damals bereits eine Art von Erntestatistik. — Marco Polo erzählt, daß es im XIII. Jahrhundert in China bereits eine Staatspost mit 200 000 Pferden, 10 000 Posthäusern und zahlreichen Stafettenreitern gab, die am Tage etwa 430 km zurücklegten.

Die Phoenizier leiteten für ihren Bergbau in Spanien das Wasser auf 100 und mehr Meilen kunstgerecht aus den Flüssen herbei.

Vorlesungen über Probleme der Vereinigten Staaten von Amerika auf deutschen Hochschulen. Die Vereinigung Carl Schurz hat sich der dankenswerten Aufgabe unterzogen, eine Zusammenstellung über diejenigen Vorlesungen zu veröffentlichen, die über Probleme der Vereinigten Staaten von Amerika auf den deutschen Hochschulen gehalten werden. Es ergibt sich hieraus die interessante Tatsache, daß dem Aufbau und der Entwicklung Amerikas auf den verschiedenen wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten ein beachtlicher Raum im Rahmen der Universitätslehrpläne zur Verfügung gestellt wird. Die Zusammenstellung der Vorlesungen ist in der Dezember-Nummer der „Mitteilungen der Vereinigung Carl Schurz E. V.“ erschienen.

Babylon bedeckte einen Flächenraum von etwa 500 qkm. Das ist reichlich

1 $\frac{1}{2}$ Mal so groß wie das heutige London mit allen Vorstädten. Babylon hatte schon vor 3000 Jahren einen Tunnel unter dem Euphrat.

Indianerstamm in Gefahr. Aus Santa Fe (Neumexiko) wird gemeldet: Zweihundert Navajo-Indianer sind vom Schnee in den Zuni-Bergen eingeschlossen worden. Ein Regierungsflugzeug hat das Gebiet mehrfach überflogen, konnte jedoch den Stamm nicht sichten. Nur eine Ansammlung ihrer Pferde fiel auf. Gleichzeitig versucht ein Motorpflug eine Bahn durch die Schneeverwehungen zu schaffen, damit Lastwagen mit Nahrungsmitteln zu den Indianern fahren können.

Die Nachricht von dem Geschick des Indianerstammes wurde von zwei halbverhungerten und beinahe erfrorenen Indianern überbracht, die in Zuni ankamen, nachdem sie drei Tage lang einen verzweifelten Kampf mit Kälte und Schneesturm geführt hatten.

Hause in Inseln

Eine englische Zeitung verzeichnet bei einem Rückblick auf das vergangene Jahr auch die Tatsache als besonders bemerkenswert, daß 1936 wenigstens vierundzwanzig Inseln an allen Teilen der englischen, schottischen und irischen Küste zum Verkauf gekommen seien. Der Markt für moderne Robinson Crusoes sei an sich außerordentlich reichhaltig gewesen und habe gezeigt, daß sich die ohnehin jedem echten Briten angeborene Liebe zum insularen Dasein auch mit mäßigen Geldmitteln befriedigen lasse, wenn man es schätzt, innerhalb eines Inselreiches gleichsam verdoppelt inselhaft zu leben. Die etwa 40 700 felsigen Quadratmeter von Edernish, verborgen zwischen Aranmore und der Küste von Donegal, seien mit dem dazugehörigen Haus von sieben Zimmern für 1200 Pfund verkauft worden, ein anderes insulares Grundstück in den Hebriden, allerdings ungleich größer und mit Wirtshaus, Häusern und Stallungen versehen, für „nur“ 12 000 Pfund. Im übrigen waren Inseln an der Küste von Essex, der von Süd-Vembrokeshire, vor der Insel Man und vor allem an der Westküste Schottlands zu

haben; dazu kamen Eilande in Binnenseen — eines wechselte zum dritten Male in sechs Jahren den Besitzer — und sogar eines in Westindien, komplett mit Badestrand und 80 Grad Fahrenheit. Allerdings mußte der auf Abgeschiedenheit Erpichte außer Geld auch mit Glück begabt sein, denn die Nachfrage nach Inseln war so groß, daß ihr die Grundstücksmakler bei weitem nicht genügen konnten.

Daß die meisten dieser Inseln spärlich besiedelt sind und nur auf den wenigsten eine Acker- oder Gartenkultur möglich ist, war für die Zivilisations-Überdrüssigen wahrscheinlich nur ein Reiz mehr. Mit den eigentlichen Inselbewohnern steht es jedoch vielfach umgekehrt: während die Inseln an der schottischen Küste früher kultiviert wurden, war in den letzten Jahren eine zunehmende Abwanderung der Bewohner auf das Festland festzustellen, die als noch besorgniserregender angesehen wird, als die ebenfalls fortschreitende Entvölkerung des schottischen Hochlandes. Vielleicht wird ein zukünftiger Historiker feststellen müssen, daß wohl situierte Kreise seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in zunehmendem Maße an den äußersten Inselrändern Großbritanniens zu finden gewesen seien, während die Kinder dieser Inseln ihre Zuflucht auf dem überfüllten Festland suchten.

Leo Frobenius über seine Pläne. In Frankfurt am Main gab der Afrika-Forscher Geheimrat Leo Frobenius gleichzeitig mit der Verkündigung eines Expeditionsprogrammes, das sich über fünf und zwanzig Jahre erstrecken soll und den Namen Schweinfurth-Programm erhalten hat, die Gründung einer Schweinfurth-Gesellschaft bekannt. Die neue Gesellschaft führt die Arbeiten fort, die von der bisherigen Gesellschaft der Förderer des Kulturmorphologischen Institutes getragen wurden. Die Stadt steht den Plänen wohlwollend gegenüber.

An die bisherigen zwölf Afrika-Reisen von Leo Frobenius sollen sich nunmehr neue Unternehmungen knüpfen, die als Frobenius-Expeditionen nach dem süd-

östlichen Asien und den vorgelagerten Inseln bis nach Australien führen werden. Die neuen, großartigen Aufgaben sollen im Sinne Georg Schweinfurths durchgeführt werden, der vor beinahe fünfzig Jahren die Forderung nach absoluter Exaktheit von den Naturwissenschaften auf jedes kulturelle Forschen übertrug. Erst nach einer umfangreichen Materialsammlung und nach einer präzisen Bestandaufnahme aller vorhandenen Schätze lasse sich, dies ist auch die Meinung von Frobenius, etwas Sicheres über die Entwicklungsstadien einer Kultur aussagen. Die neuen Expeditionen gehen also auf Materialsammlung aus, die Deutung erfolgt erst später.

Chinesische Neujahrsbräuche in Frankfurt a. M. Das deutsche China-Museum in Frankfurt a. M. eröffnete am 30. Dezember eine Ausstellung, die mit den chinesischen Neujahrsbräuchen bekanntmachen will. In China gibt es kein Weihnachtsfest, wohl aber wird der Jahreswechsel festlich begangen. In der Haupthalle des chinesischen Hauses wird die Familienfeier mit Ahnenopfer abgehalten. Das alles ist in der Ausstellung zu sehen, sogar die Speisen, die zum Ahnenopfer verwandt werden, sind in Nachbildungen ausgestellt. Vor den Häusern und an den Toren werden große Neujahrspapiere und Neujahrswimpel angebracht, von denen eine größere Anzahl in der Ausstellung gezeigt werden. Auch in dem Zimmern werden zum Jahreswechsel Neujahrspapiere aufgehängt. — Im ersten Monat des neuen Jahres, im Januar, findet in China das berühmte Laternenfest statt, das auch noch in die Ausstellung einbezogen werden soll. Die bei dem Fest gebräuchlichen Laternen, meist von innen beleuchtete Pflanzen- und Tiernachbildungen, werden ebenfalls ausgestellt.

100 Rekruten wußten nichts vom Weltkrieg. Ein außerordentliches Faktum meldet der *Matin* aus Nancy. Bekanntlich werden die jungen französischen Rekruten bei ihrer Ankunft in der Kaserne auf den Zahn ihrer allgemeinen Bildung gefühlt. Bei einem in Metz liegenden Regiment ergab sich dabei folgendes erstaunliche Ergebnis: von 350

Rekruten wußten 100 nichts vom Weltkrieg, und die meisten von denen, deren Väter im Kriege gefallen waren, konnten keine Angabe darüber machen, wo oder wann ihr Vater den Tod gefunden hatte.

Deutsche Wirtschaft im Wandel der Zeiten

Am 4. Februar 1761 wurden in Berlin zum ersten Male einem Juden die Rechte erblich verliehen, die ein christlicher Bankier hatte. Außerdem erhielt er die Erlaubnis, ein Haus anzukaufen. In Kürze folgten weitere Privilegien, und im Jahre 1763 wurde den Berliner Juden der Besitz von 70 Häusern zugestanden.

Im Jahre 1807 gab es in Berlin 30 jüdische und 22 christliche Bankhäuser. Schon seit 1773 gab es 7 vereidigte jüdische Makler und 5 christliche.

Nach einer Ausweisung von Wiener Juden erhielten in Berlin 50 Familien das Niederlassungsrecht, das aber nur für Alt-Berlin zugestanden wurde. Die Juden durften damals aber Häuser erwerben, Läden und Buden halten, auch unbeschränkten Handel treiben. Die ersten Schutzbriefe für Berlin wurden im September 1671 ausgestellt.

Der Frankfurter Kurszettel ist im Jahre 1642 zum erstenmal gedruckt worden, und zwar in italienischer Sprache. Italienisch blieb bis in die zwanziger Jahre des XVIII. Jahrhunderts die Kurszettelsprache, danach hat man sich auch der französischen Sprache bedient.

Ein Kurszettel von 1715 führt 17 Wechselplätze auf. In den Zeitungen wurden die Kurse seit Mitte des XVIII. Jahrhunderts abgedruckt. Der Verleger, der damit den Anfang machte, löste damit heftigen Widerspruch der Makler aus. Auch die Börsenvorsteher protestierten, aber ohne Erfolg. Der Verleger, den man protokollarisch vernahm, betonte, daß die Veröffentlichung der Allgemeinheit zum Nutzen gereiche, weil dadurch dem ungebührlichen Auftrieb der Geldsorten gesteuert würde. Gewissenhafte Bankiers, die ihre auswärtigen Korrespondenten nicht um ein Viertel oder ein

halbes Prozent bei Gelegenheit über den gewöhnlichen Kurs zu übervorteilen gewöhnt seien, schlossen sich seiner Meinung an.

Deutsche Handelshäuser rüsteten im Jahre 1505 drei Schiffe nach Indien aus, aus denen sich bei der Rückkehr Gewinne von 150 bis 175% ergaben. Das soll damals keine Seltenheit gewesen sein.

Nationaler Sozialismus in Bolivien. In den schönen Räumen des Humboldt-Klubs in Berlin hielt kürzlich der Erste Legationsrat der bolivianischen Gesandtschaft, Nielsen Reyes, einen Vortrag über nationalen Sozialismus in Bolivien. Der Vortragende ging davon aus, daß die Politik Boliviens durch seine vom Meer abgeschlossene Lage im Herzen Südamerikas bestimmt sei, wobei er besonders auf den im Laufe dieses Jahres abgeschlossenen Freundschaftsvertrag mit Perú und auf die Bedeutung der in diesen Tagen in Buenos Aires stattfindenden panamerikanischen Friedenskonferenz hinwies. An Hand zahlreicher trefflich ausgewählter Lichtbilder gab Nielsen-Reyes dann einen Überblick über Geschichte und Bodenbeschaffenheit seines schönen Landes, so das Verständnis für den inneren Wandel weckend, der sich dort vollzieht und der durch die unblutige Bewegung vom Mai dieses Jahres eingeleitet wurde. Der Vortragende ging auch auf die Bedeutung des aus Deutschland stammenden Marschalls Braun für Bolivien ein und auf die Veranstaltung, die soeben zu Ehren dieses südamerikanischen Freiheitshelden in Kassel stattgefunden hat und über die wir an anderer Stelle berichten. Überhaupt konnte man hier aus berufenem Munde hören, wie hoch das deutsche Element im Lande geschätzt wird und welche Dienste es Bolivien namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens, der Fliegerei und des Heeres leistet hat.

Nachtbeleuchtung vor 4000 Jahren. Ägypten führte bereits 4000 Jahre v. Chr. in Menkaura die nächtliche Beleuchtung ein und die Tempel von Babylon und Assyrien waren durch Naphtha erhellt.

Eine Negeruniversität. Mit einem Kostenaufwand von zwölf Millionen Mark wurde 1926 die Negerbildungsanstalt Achimota an der Goldküste geschaffen. Fünfhundert Zöglinge, Mädchen und Knaben, finden hier Platz und werden auf Berufe vorbereitet, die sie im eigenen Lande einmal ausüben sollen. Landwirte und Ingenieure vor allem werden gebraucht, aber auch Ärzte, Lehrer, Pfarrer und Juristen. Der erste Unterricht geht im heimatlichen Dialekt vor sich, später wird er in Englisch fortgeführt und spaltet sich in besondere Berufsvorbildungen. Die Begabtesten schließlich absolvieren die Staatsexamen in England.

Von der Deutschen Schule in Guatemala wird uns auf Grund der Veröffentlichung in Heft 8 unserer Zeitschrift noch folgendes mitgeteilt: In Guatemala gibt es drei deutsche Schulen. Im Jahre 1935 wurde nämlich in Cobán, der Hauptstadt der Alta Verpaz, eine Schule gegründet, die zur Zeit etwa 15 Schüler zählt.

Die Deutsche Schule in Guatemala-Stadt, die seit 1900 besteht, hat die im Anfang dieses Jahres von außen kommenden Schwierigkeiten längst überwunden und ist heute mit zwölf deutschen Lehrern und 325 Schülern und Schülerinnen größer als je zuvor.

Die Deutsche Schule in Quetzaltenango hat über 100 Kinder.

Der Oberbürgermeister der Hauptstadt Hannover hat einen namhaften Beitrag zur Einrichtung eines **Volkstummenseums Niedersachsens** zur Verfügung gestellt. Die Grundlage für das neue Museum wird die volkskundliche Abteilung des schon seit 1903 bestehenden Vaterländischen Museums bilden; sie ist wegen ihrer Schönheit und Seltenheit weit über Niedersachsen hinaus bekannt.

In Stuttgart wurde als **Wohn- und Schulungsheim auslandsdeutscher Studenten** eine „deutsche Bursa“ eröffnet. Sie wurde in Zusammenarbeit zwischen der Technischen Hochschule, dem Auslandsinstitut und dem Oberbürgermeister Dr. Strölin geschaffen. Vertreter der Hochschule, des Lehrkörpers wie der Studentenschaft, der Stadt und anderer Förderer weihten das neue Haus,

das aus einem alten Bürgergebäude aus der Zeit um 1900 modern umgeschaffen wurde, mit ihren Ansprachen ein. Der Rektor der Hochschule, Prof. Dr. Stortz, gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Gäste dieses Hauses als Pioniere deutschen Schaffens ins Ausland zurückkehren sollten. „Der Geist dieses Hauses muß der Geist der Mutter Deutschland sein.“ Der Kameradschaftsführer der bereits eingezogenen Schar von Studenten versprach treue Mitarbeit. Aus den Fenstern der Räume der Bursa hat man einen weiten und freien Blick auf Stuttgart

Warum? Zugunsten der Wohlfahrtseinrichtungen des Bundes der Deutschen und der Sudetendeutschen Volkshilfe sollte im Landestheater Brünn eine Festvorstellung von Goethes „Egmont“ stattfinden, bei der die Berliner Schauspieler Paul Hartmann, Toni van Eyck und Walther Franck mitwirken sollten. Das Brünner Arbeitsamt hat die Arbeitsbewilligung für Toni van Eyck und Walther Franck verweigert und somit die Vorstellung in letzter Stunde unmöglich gemacht. Dadurch erleidet der Bund der Deutschen einen Schaden von rund 20 000 Kronen, da die Vorstellung bereits seit Tagen ausverkauft war.

30-Jahrfeier des estnischen Berufstheaters. Ende November fand in Reval im Beisein des Erstministers Eeenpalu die 30-Jahrfeier des estnischen Berufstheaters statt. Der Erstminister übermittelte den Dank des Staatspräsidenten für die geleistete künstlerische Arbeit und brachte zur Kenntnis, daß der Staatspräsident 10 000 Kronen (etwa 7000 Mark) für ein Erholungsheim für Bühnenkünstler gestiftet habe. Das erste estnische Berufstheater, das „Wanemuine“-Theater in Dorpat, wurde 1906 gegründet; im selben Jahre erfolgte die Gründung des „Estonia“-Theaters in Reval. Der frühere Gesandte Estlands in Berlin, Menning (jetzt in Riga), war der erste Direktor und die Seele des „Wanemuine“-Theaters, Dr. Akel, der in diesem Sommer vom Gesandtenposten in Berlin zum Außenminister ernannt wurde, war seinerzeit einer der bedeutendsten Förderer des „Estonia“-Theaters.

Zeitschriftenlese

Im „**Militärwochenblatt**“ Nr. 23 nimmt Major a. D. Otto Moßdorf zu einem Aufsatz des französischen Militärschriftstellers General de Cugnac Stellung, den dieser zur ersten Marneschlacht in der Zeitschrift „Revue de Paris“ vom 15. September unter der Überschrift: **Wenn Napoleon die Schlacht an der Marne geschlagen hätte . . .**“ geschrieben hatte, und führt in seiner Erwiderung folgendes aus: „De Cugnacs Gedanke ist sehr richtig, daß Joffre, wenn er ein großer Feldherr gewesen wäre, mit Aussicht auf Erfolg Kräfte in die Lücke oder auf die stark verdünnte deutsche Front zwischen 1. und 2. Armee hätte werfen können und müssen. Joffre hat auch den sich ihm bietenden Vorteil der Lage im Verlauf der Kämpfe erkannt. Das ergibt sich aus den mehrfachen Anweisungen zum scharfen Vorgehen an das englische Expeditionskorps, das allerdings der französischen Heeresleitung nicht unterstellt war und daher keine Befehle von ihr erhalten konnte. Joffre beging zudem den Fehler, daß er auf dem rechten Flügel zu starke Kräfte belassen hatte, obwohl ihm die Festungsfront die Möglichkeit gab, sie mit Hilfe des guten Eisenbahnnetzes von dort nach Westen herauszunehmen. Als er dann immer noch früher als der Gegner dazu schritt, hat er die Verstärkungen nicht dem linken Flügel, wo die Entscheidung zu suchen war, sondern der 3. Armee zukommen lassen. Ihm hat auch keine napoleonische Lösung vorgeschwebt. Das ergibt sich aus der Ordre général vom 4. 9., nach der auf Grund der gewagten Lage der 1. deutschen Armee lediglich der äußerste rechte Flügel des Gegners angegriffen werden sollte. Entsprechende Anweisungen ergingen daher nur an die 5. und 6. französische Armee, während der neugebildeten 9. Armee Foch lediglich der Auftrag wurde, den rechten Flügel der 5. Armee zu decken. Darüber hinaus ist ersichtlich, daß Joffre den Gedanken einer doppelten Umfassung nicht aufgegeben hatte. Beweis dafür sind die wiederholten Aufforderungen an die 3. Armee, in westlicher Richtung vorzugehen“

Chiang Kaisheks Rückkehr. Nach einer Gefangennahme von genau zwei Wochen ist Marschall Chiang Kaishek am 26. Dezember wohlbehalten wieder in Nanking eingetroffen. Mit seiner Rückkehr, so schreibt der Hauptschriftleiter der „**Ostasiatischen Rundschau**“ Dr. Kippen in dieser Zeitschrift, die wesentlich zur Aufklärung der ganzen schwierigen Fernostprobleme beitragen, hat China eine Reihe kritischer Tage erster Ordnung überstanden; Gefahren sind vorüber, die durch ihr plötzliches Auftreten wie durch ihre Größe ernste Besorgnisse erweckt haben und weit über die chinesischen Landesgrenzen hinaus Warnungszeichen vor friedensstörenden Elementen auslösen mußten. Allein der Umstand, daß auf einmal das Leben des führenden Staatsmannes und Generalissimus Chinas, für den im Augenblick kein ebenbürtiger Nachfolger hätte gefunden werden können, bedroht wurde, war beunruhigend genug. Noch schwerwiegender und mit noch größeren Befürchtungen verbunden war die Frage, ob das chinesische Reich, nachdem es erst unlängst seine innere Einigung erlangt hatte, zusammenhalten oder auseinanderbrechen würde, wenn es des Gestalters und Vollenders dieser Reichseinheit beraubt würde. China hat die Feuertaufe bestanden, und die Zentralregierung kann mit Genugtuung feststellen, daß der schwererkämpfte innere Neubau so fest fundiert ist, daß er auch stärkeren Angriffen standhält. Aber man sage deshalb heute nicht, daß es eine Selbstverständlichkeit gewesen sei. Die Gefahr der Splitterung war groß, und die Regierung kann froh sein, daß sie gebannt werden konnte.

Gold auf dem Balkan. In der Monatschrift „**Weißer Blätter**“ weist Dr. Paul Ruprecht in einem Aufsatz: „**Zusätzliche Goldförderung**“ auf die europäischen Goldvorkommen hin:

Als Goldländer sind in Europa noch Schweden und der Balkan anzusprechen. Das erstere hat die Goldgewinnung im Jahre 1932 aufgenommen und die Förde-

runge von 4228 Kilogramm im Jahre darauf auf 7853 Kilogramm im Jahr gesteigert. Auf dem Balkan ist zunächst in Albanien Gold festgestellt worden, und zwar in Form von goldhaltigem Sand in einigen Bächen bei Vroshi. Bei der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes von Italien ist zu vermuten, daß dieses die Ausbeutung jenes Vorkommens übernehmen und dadurch eine zusätzliche Goldförderung herbeiführen wird. An einer anderen Stelle der Balkanhalbinsel ist dies schon geschehen, und zwar in Jugoslawien. Dort sind nämlich seit kaum drei Jahren drei Goldbergwerke in Betrieb genommen worden, deren Ausbeute monatlich durchschnittlich 20 Kilogramm beträgt. Man gedenkt jedoch die Erzeugung in diesem Jahre noch auf 500 Kilogramm zu erhöhen. Im übrigen haben Fachleute festgestellt, daß die Flüsse Südserbiens und Bosniens Goldsand führen, dessen Ausbeutung sich lohnt. Man hofft daher, die Zahl der südslawischen Goldbergwerke erheblich erhöhen und die Goldgewinnung auf 1500 Kilogramm im Jahre steigern zu können.

In der Zeitschrift „Der deutsche Student“ schreibt Dr. R. Oechsle über „Gemeinschaft und Persönlichkeit in der Erziehung“. Wir entnehmen daraus den Hinweis auf den kultisch-übungsmäßigen Charakter der gemeinschaftsbildenden Erziehung.

„Zu aller Gemeinschaft gehört lebensnotwendig das Musische und Kultisch-Übungsmäßige hinzu, genau so wie der Typus nur durch Übung und Zucht entstehen kann. Deshalb finden wir überall da, wo Gemeinschaft gelebt, und wo zum Typus erzogen wird, diese irrationalen Kräfte am Werk. Die athenischen und spartanischen Jugendverbände sind undenkbar ohne die musisch-kultischen Übungen der Gymnastik, des Spiels, des Chors und des Tanzes. Durch Übung und Zucht entsteht allerdings nicht Wissen und Können; aber dafür wird Gesinnung erzeugt, die im Leben über Wissen und Erziehung triumphiert. Der gekünstelten Geistigkeit des Vielwissers steht die Primitivität des Typus gegenüber; während jene Geistigkeit sich an ihrer eigenen Ob-

jektivität ergötzt, wohnt dieser Primitivität eine Richtung des Lebenswillens inne, die fortwährend zur Tat und zur Gestaltung drängt.“

Das auslanddeutsche Schrifttum. „Das Innere Reich“ veröffentlicht einen Aufsatz von Heinrich Zillich über das Thema „Deutsches Volk und Buch in der Welt“, in dem u. a. die Forderung nach „würdiger Leistung“ erhoben wird. Gewiß wird jede Landschaft ihr nur örtlich bemerkenswertes Schrifttum haben müssen, aber wir meinen nicht diese Bucherzeugung, so wichtig sie sein mag, wir meinen die Stimme, die Aufschluß gibt über das, was alle Deutschen angeht, deren Standort aber im Ausland ist, das somit als deutscher Volksboden auch zu klingen beginnt und als solcher aufgenommen werden soll. Eine Forderung sei hier erhoben: das geformte Wort der Auslandsdeutschen, das um Aufnahme in das gesamtdeutsche Schrifttum anpocht, muß dessen würdig sein. Es darf die gute Gesinnung nicht schon für eine gute Leistung angesehen werden. Es wird auslanddeutsche Landschaften geben, die dem Volke viel zu sagen haben, und ihr Schicksalsruf verdient Beachtung, aber in den Rang der Dichtung darf nur erhöht werden, was sich selbst dazu erhob. Als wissenschaftliches Werk darf nur gelten, was sich selbst dazu das Recht schuf. Deutschland soll sich der Stimmen der Auslandsdeutschen nicht verschließen, aber als Verwahrer der größten geistigen Leistungen unseres Volkes lege es an die auslandsdeutschen Leistungen das gleiche Sichtsmaß wie an die eigenen.

Seit dem 1. Januar erscheint wieder die von Konrad Henlein herausgegebene Wochenschrift der Sudetendeutschen Partei, die „Rundschau“, die vor einem halben Jahre verboten wurde. Die reichhaltige erste Folge des Blattes, das als erstes Kampfblatt der sudetendeutschen Bewegung bis Mitte 1936 stets ein treuer Werber für den einigenden Gedanken war, zeigt in neuer Ausgestaltung den weiteren Ausbau der Wochenschrift.

Büchertafel

Franz Ehrenfried: Das Aktienrecht Spaniens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Berlin: Waidmann'sche Buchhandlung 1936. 416 Seiten. 80.

Ein ebenso kenntnis- wie aufschlußreiches Werk, das zum erstenmal das Aktienrecht in Spanien in ausführlicher Darstellung bringt und darüber hinaus das übrige Gesellschaftsrecht Spaniens behandelt. Der Verfasser stützt sich bei seiner Arbeit auf eigene gründliche Kenntnis der spanischen Verhältnisse. Das Buch, das klar und übersichtlich angeordnet ist und zahlreiche ausführliche Register enthält, wird in allen wichtigen Fällen als Nachschlagewerk benutzt werden können. Es ist so weit gefaßt, daß es nicht nur den Rechtsgelehrten eine wertvolle Bereicherung bietet, sondern vor allem auch den Bedürfnissen kaufmännischer Praxis dient. G. R.

Verlorenes Blut. Von Paul H. Kuntze. 2000 Jahre deutsches Söldnertum. Verlag Theodor Fritsch jun., Leipzig. 110 S.

In dem Maße, in welchem Deutschland wieder zum Bewußtsein eigener Stärke und eigenen Wertes gelangt, nehmen die aufklärenden Schriften zu, welche die Volksgenossen hierbei unterstützen. Als eine ganz besonders wichtige und eindrucksvolle kann man das vorliegende kleine Buch bezeichnen. Hier ist zum erstenmal eine Zusammenstellung geschaffen, welche von Anbeginn deutscher Geschichte bis heute zeigt, wie in der ganzen Welt germanisches, und später rein deutsches Blut an wichtigsten Stellen des Weltgeschehens sich in besonderer und oft ausschlaggebender Weise betätigt hat. Das Buch enthält eine so große Fülle von Ereignissen und denkwürdigen deutschen Taten, daß es sich lohnen würde, die einzelnen Episoden ausführlicher zu behandeln, und in einer Reihe von Schriften zu zeigen, wie der Deutsche überall, wo er war, auch in fremdem Sold, ja gegen die eigenen Landsleute, seinem Eid

getreu seine Pflicht getan hat bis zum Tode. Es wäre nicht nur für die Jugend wertvolles Material, um immer tiefer in die Geschichte unseres Volkes einzudringen. Ich möchte das Buch, natürlich von einem bestimmten Gesichtspunkt gesehen, mit der berühmten „Weltgeschichte in Umrissen“ des Grafen Yorck vergleichen.

Philipp, Konteradmiral a. D.

Der Verlag C. Bertelsmann, Gütersloh, bringt das 15.—24. Tausend des 1933 erschienenen Kriegsgefangenen-Romans von Heinz Gumprecht heraus: „Die magischen Wälder, Sibirien, Heimat und Hölle der deutschen Gefangenen“. 421 S. Preis gebd. 3.25 M.

Die Schicksale eines als verwundeter Frontsoldat in russische Gefangenschaft geratenen jungen Malers sind Gegenstand der äußerst lebendigen Schilderung, die sich aus der großen Zahl der lediglich Zustände und ausgestandene Leiden beschreibenden Kriegsgefangenenbücher durch künstlerische Gestaltung einer inneren Entwicklung heraushebt.

Es berührt wohlthuend, daß einmal die Kette des Erlebens nicht nur aus unerträglichen Drangsalen und gehäuften Grauen gebildet wird, sondern auch die Lebensbedingung selbst der sibirischen Gefangenen hier und da als erträglich gezeigt und sogar die tscherkessischen, tatarischen und sonstigen kaukasischen Aufseher und Wärter zuweilen mit menschlichen Regungen und Eigenschaften ausgestattet sind.

Das tiefe Glück einer großen Liebe, die ihn nach dem mißglückten Versuch einer kurzen Ehe in der Heimat erst innerlich zum Manne reifen läßt, und der Schmerz über den durch bolschewistische Schrecken bedingten tragischen Tod der Geliebten führt ihn wieder zum Deutschtum zurück und schenkt ihm aus dem Unglück des Vaterlandes heraus schließlich die Begnadung schöpferischen Künstertums. W f.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Inhalt: Konrad Kutschera, Berlin C 2, Fernruf der Schriftleitung: J 6 Bleibtreu 1548 / Für die Anzeigen: A. Chudzinski, Berlin W 35, Hanseatische Verlagsanstalt A.-G., Anzeigenverwaltung Berlin, W 35, Potsdamer Str. 111, Fernruf: B 2 Lützow 9096 / Verlag: Gesellschaft für Länderkunde, Berlin NW 40, Lüneburger Str. 21 / Druck: Niemann & Sohn, Berlin N 20, Drontheimer Str. 27 / Manuskript- und Buchzusendungen an die Schriftleitung: Berlin C 2, Breite Str. 37 (Ibero-Amerikanisches Institut) erbeten / Alle Rechte für sämtliche Beiträge, einschließlich die der Übersetzung, vorbehalten / Bestellung bei jeder Buchhandlung, Postanstalt oder dem Verlage / D.-A. IV. Vj. 1936: 5000 / Gültige Anzeigen-Preisliste Nr. 1.



Achtung!

Die
Sammelmappe

*für den Jahrgang 1936
der Zeitschrift
„Länder und Völker“*

*ermöglicht jedem unserer
Bezieher die Aufbewah-
rung der 12 Hefte in Form
eines geschmackvollen,
handlichen Buches.*

*Die Sammelmappe wird ge-
brauchsfertig geliefert, ein pa-
tentierte Verfahren, die Hefte
selbst einzufügen, erübrigt ein
besonderes Einbinden.*

*Der Sammelmappe wird
das Inhaltsverzeichnis, so-
wie ein ausführlicher In-
dex beigelegt werden.*

*Die Gesamtkosten belaufen sich
bei freier Zustellung auf*

RM 1.50

Bestellungen an den Verlag erbeten

Das „**Haus der
Länder**“

am U-Bahnhof Klosterstraße

bietet infolge seiner zentralen
Lage in der Innenstadt die
günstigste Gelegenheit für

**Filmvorführungen,
Vorträge und
kulturelle Veranstaltungen
jeder Art**

In erster Linie sollen dort die *Aus-
lands-Vereinigungen* und Kolonien
der Deutschland befreundeten frem-
den Völker mit ihren hiesigen Mit-
gliedern und ihren Freunden eine
Heimstätte für ihre *nationalen Feiern
und Feste* finden.

Das Haus verfügt über eine geräumige
Stilbühne mit vielen Nebenräumen,
eine vollständige *Tonfilmanlage* und
gewährt, bei vorzüglicher Akustik, im
Parkett und Rang Raum für 700 Zu-
schauer.

*Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle
Gesellschaft für Ländertunde
Berlin NW 40, Lüneburger Str. 21*

LÄNDER UND VÖLKER

Die deutsche Monatsschrift für Außen- und Kulturpolitik

„Länder und Völker“

d i e n t

der wechselseitigen Kenntnis der Nationen und dem Verstehen zwischen den Völkern.

„Länder und Völker“

u n t e r r i c h t e t

über die weltanschaulichen Wandlungen und Probleme im Bereich der Politik, der Wirtschaft und des Geisteslebens in der Welt.

„Länder und Völker“

b e o b a c h t e t

die geistigen und politischen Strömungen in der Welt und berichtet lautend über die Beziehungen der Nationen zueinander.

Mit dem jetzt erschienenen Januarheft 1937 wurde der 67. Jahrgang begonnen. Der jetzt abgeschlossene 66. Jahrgang ist in vornehmer Sammelmappe zum Preise von RM 6.50 erhältlich und kann direkt vom Verlag oder durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Im September erschien ein Sonderheft: »Großarabien«

Im Oktober erschien ein Sonderheft: »Stiller Ozean«

Im Dezember erschien ein Sonderheft: »Amerika«

Die einzelnen Sonderhefte sind zum Preise von RM 0.50 zuzüglich Porto noch zu haben; Bestellungen direkt beim Verlage oder jeder Buchhandlung.

